

PROTOKOLL

über die Verhandlungen der Evangelischen Synode des Kantons Thurgau vom Montag, 27. Juni 2016 im Rathaus Frauenfeld.

Der Gottesdienst in der Evangelischen Stadtkirche wird von Pfr. Gerrit Saamer, Egnach, Mitglied der Synode, geleitet und von Christoph Lowis an der Orgel musikalisch umrahmt. Die Gottesdienstkollekte, welche HEKS, dem Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz, zugutekommt, ergibt den Betrag von Fr. 1'130.05 und € 30.--.

Beginn der Sitzung um 9.45 Uhr.

TRAKTANDUM 1

BEGRÜSSUNG UND ERÖFFNUNG

Synodalpräsident: "Nehmt einander an." Das haben wir im Gottesdienst eindrücklich, aber auch mit Humor und Ernsthaftigkeit gehört. Ich danke Pfr. Gerrit Saamer herzlich für die Gestaltung des Gottesdienstes, dem Herüberbringen der wichtigen Einladung und dem hilfreichen Appell. Ich danke auch dem Organisten Christoph Lowis für seine Begleitung sowie dem Mesmer Marcel Keller für den freundlichen Empfang. Heute sind wir im Rathaus Frauenfeld zu Gast. Vor etwas mehr als einer Woche waren hier ebenfalls kirchliche Vertreterinnen und Vertreter aus der ganzen Schweiz zugegen. Seit 20 Jahren hat die Abgeordnetenversammlung des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes wieder einmal im Thurgau stattgefunden. Die Beratungen fanden in der Kartause Ittingen statt. Der Abendgottesdienst am Sonntag fand in der Stadtkirche Frauenfeld und der anschliessende Apéro hier im Rathaussaal statt. Am vergangenen Wochenende fand der Bodensee-Kirchentag in Kreuzlingen und Konstanz statt. Es ist gut, wenn ein solcher Impuls-Austausch unsere Arbeit befruchten kann. Ich danke der Bürgergemeinde Frauenfeld im Namen der Synode, dass wir in diesem Saal tagen dürfen. Speziell danke ich dem Hauswart Beat Dürger, Evelyne Schweizer, Kirchgemeinde Frauenfeld, und Esther Fenner, Stadt Frauenfeld, für ihre Unterstützung an der Technik sowie bei der Kaffeeausgabe.

Ich begrüsse alle Synodalen, die Medienvertreterinnen und Vertreter, den Kirchenrat sowie den Kirchenratsaktuar Ernst Ritzi und die Quästorin Kathrin Argaud, welche wichtige Vor- und Begleitaufgaben wahrnehmen. Auch den Gästen auf der Tribüne ein herzliches Willkomm. Die Vertreterin der "Thurgauer Zeitung", Michèle Vaterlaus, wird während unseren Beratungen Fotos machen. **Stillschweigend genehmigt.**

Zu Traktandum 10 ist den Unterlagen zu entnehmen, dass das Büro zwei weitere Personen für die Vorbereitung der Gesprächssynode wählen möchte. Bisher sind keine Bewerbungen beim Büro eingegangen. Die Mitglieder der Synode können sich bei Interesse bis am Mittag bei mir melden.

Ich stelle fest, dass die Sitzungsunterlagen allen rechtzeitig verschickt wurden. Ich erkläre die Synode als eröffnet.

TRAKTANDUM 2

NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf durch **Johanna Pilat**, Roggwil, ergibt die Abwesenheit der folgenden Mitglieder:

Entschuldigt ganzer Tag:
Pfr. Emmelius Steffen, Aadorf-Aawangen

Bühler König Sibylle, Arbon
Schönholzer Werner, Bürglen
Hinz Kai Jörg, Diessenhofen
Allan Colin, Frauenfeld
Pfr. Vetsch Hansruedi, Frauenfeld
Pfr. Stöckle Arno, Mammern
Stürzinger Margrit, Stettfurt
Hotz Ursula, Sulgen

Entschuldigt Vormittag:
Ballat Jeanette, Arbon

Entschuldigt Nachmittag:
Wälchli Fritz, Amriswil-Sommeri
Haas Martin, Romanshorn-Salmsach

Verspätet erschienen:
10.30 Uhr Ott Müller Alexandra, Steckborn

Vorzeitig weggegangen:
15.00 Uhr Leuenberger Heidi, Erlen
Lohr Christian, Kreuzlingen
15.20 Uhr Häusler René, Amriswil
16.00 Uhr Nef Beat, Neukirch an der Thur
16.00 Uhr Ziegler Rolf, Schönholzerswilen

Synodalpräsident: Es sind 115 Mitglieder anwesend.

Stimmenzähler Pfr. Hansruedi Vetsch ist heute infolge Studienurlaubs abwesend. Die Stimmenzähler-Stellvertreterin, Pfrn. Iris Siebel, nimmt im Synodabüro Platz.

Ich stelle die heutige Tagesordnung zur Diskussion. **Stillschweigend genehmigt.**

TRAKTANDUM 3

BERICHT DES KIRCHENRATES ÜBER VERÄNDERUNGEN IM BESTAND DER SYNODE

Kirchenratsaktuar Ernst Ritzi: Seit der letzten Sitzung vom 30. November 2015 haben sich im Bestand der Evangelischen Synode des Kantons Thurgau folgende Änderungen ergeben: In der Kirchgemeinde Berlingen wurde Ursula Mettler anstelle der zurückgetretenen Gerda Schärer gewählt. In der Kirchgemeinde Braunau wurde Daniel Keller anstelle der zurückgetretenen Christine Jucker gewählt. In der Kirchgemeinde Roggwil wurde Jürg Hanselmann anstelle des zurückgetretenen Dr. Johannes von Heyl gewählt. In der Kirchgemeinde Sirnach wurde Elisabeth Wehrle anstelle des zurückgetretenen Diakon Roland Pöschl gewählt. In der Kirchgemeinde Lipperswil-Wäldi trat Pfr. Hansruedi Lees aus der Synode zurück. Aufgrund der auf den 1. Januar 2016 erfolgten Fusion der beiden Kirchgemeinden Lipperswil und Wäldi wurde auf eine Ersatzwahl für den Sitz der seit dem 1. Januar 2016 nicht mehr bestehenden Kirchgemeinde Lipperswil verzichtet. Mit dem heutigen Datum sind 124 der 125 Sitze der Evangelischen Synode des Kantons Thurgau besetzt.

Synodalpräsident: Wir heissen die vier neuen Mitglieder im Kreis der Synodalen herzlich willkommen. Wir hoffen, dass sie sich in der Arbeit der Synode rasch zurecht finden und sich ganz im Sinne der Predigt angenommen fühlen. Ich danke dem Kirchenrat und Ernst Ritzi für die Informationen.

Diskussion - **nicht benützt.**

TRAKTANDUM 4

BERICHT DES KIRCHENRATES ÜBER AUSSERORDENTLICHE ZUERKENNUNGEN DER WÄHLBAKEIT INS PFARRAMT

Eintreten

Diskussion - **nicht benützt.**

Eintreten wird **stillschweigend genehmigt.**

Detailberatung

Diskussion - **nicht benützt.**

BESCHLUSSFASSUNG:

Die Synode nimmt von der "Zuerkennung der Wählbarkeit ins Pfarramt" Kenntnis.

TRAKTANDUM 5

WAHLEN

- a) zwei Mitglieder in die Geschäftsprüfungskommission (GPK)
- b) ein Mitglied in die Rekurs- und Beschwerdekommision (RBK)
- c) zwei Ersatzpersonen in die Ombudsstelle

Eintreten

Diskussion - **nicht benützt.**

Eintreten wird **stillschweigend genehmigt.**

Wahlen

- a) zwei Mitglieder in die Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Synodalpräsident: Gemäss § 50 unseres Geschäftsreglementes findet für die Mitglieder der ständigen Kommissionen eine offene Wahl statt, sofern nicht mehr Personen vorgeschlagen werden, als zu wählen sind.

Als Mitglieder der GPK sind vorgeschlagen:

- Brigitte Hascher, Hüttlingen
- Urs Brauchli, Tägerwilen-Gottlieben

Thomas Pfister, Amriswil-Sommeri: Im Newsletter zur Synode war zu lesen, dass die Vorsynode Oberthurgau einen Vorschlag unterbreiten wird. Bisher waren wir durch Dr. Johannes von Heyl vertreten. Wir wünschen uns auch weiterhin eine Vertretung aus dem Oberthurgau in der GPK und schlagen deshalb **Michael Raduner aus Horn** vor. Er ist Kirchgemeindepräsident in

Horn und hat als ehemaliges Mitglied der Rechnungsprüfungskommission in Heiden grosse Erfahrungen im Finanzwesen. Ich bitte Michael Raduner, sich kurz vorzustellen.

Michael Raduner, Horn: Es freut mich, dass ich mich hier vorstellen darf. Ich bin in Horn aufgewachsen und habe in Zürich Forstwirtschaft und Betriebswirtschaft studiert. Nach Umwegen über die Westschweiz, St. Gallen und Heiden bin ich 1999 wieder zurück nach Horn gezogen. Seit mehr als acht Jahren walte ich dort als Kirchenpräsident. Ich arbeite in Zürich als Geschäftsführer der Zürcher Engros Markthalle AG. Ich kann meine betriebswirtschaftlichen und Finanzerfahrungen in der Geschäftsprüfungskommission sehr gut einbringen.

Urs Brauchli, Tägerwilen-Gottlieben: Letztes Jahr wurde ich angefragt, ob ich mich zur Wahl in die Geschäftsprüfungskommission stellen würde. Ich wurde mit Jahrgang 1952 geboren und habe für mich entschieden, allerhöchstens für sechs Jahre zur Verfügung zu stehen. Ich würde also die zwei Jahre der laufenden und noch eine Legislatur zur Verfügung stehen. Ich war während 19 Jahren Finanzverantwortlicher der Gemeinde Gottlieben. Seit meinem 26. Lebensjahr war ich Geschäftsführer der Gottlieber Spezialitäten AG. Seit 2008, als die Firma verkauft wurde, bin ich für die Finanzen verantwortlich. Ich bin ein Zahlenmensch. Allerdings stand ich immer nur auf der einen Seite, das heisst, dass ich die Buchhaltung geführt habe oder führen liess. Als Mitglied der GPK wäre ich damit einmal auf der anderen Seite. Auch diese Arbeit finde ich sehr spannend. Ich würde die Arbeit nach bestem Wissen und Gewissen ausführen.

Brigitte Hascher, Hüttlingen: Ich bin verheiratet, Mutter eines 12- und eines 14-jährigen Kindes und arbeite selbständig als Krankenpflegerin und Betreuerin. Dies ist bereits meine dritte Legislatur in der Synode. Zudem arbeite ich in der Fachkommission Diakonie mit. Von 2002 bis 2013 wirkte ich in der Kirchenvorsteherschaft Hüttlingen mit, davon neun Jahre als Präsidentin. Nach Anfrage stelle ich mich heute zur Wahl in die GPK.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Synodalpräsident: Es liegen drei Vorschläge für zwei Sitze vor. Demzufolge findet eine geheime Wahl statt. Bitte beachten Sie, dass nur zwei Namen auf den Wahlzettel geschrieben werden dürfen. Zudem zählen die leeren Linien nicht für die Berechnung des absoluten Mehrs. Ich bitte die Stimmzähler, die Wahlzettel für die Wahl der Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission zu verteilen, anschliessend wieder einzuziehen und danach auszuzählen.

Wahl:

| | | |
|--|---|-----------|
| Gesamtzahl der eingezogenen Wahlzettel | | 112 |
| - davon leer | 0 | |
| - davon ungültig | 0 | |
| Massgebende Wahlzettel | | 112 |
| Absolutes Mehr | | 54 |
| Es erhielten Stimmen: | | |
| Urs Brauchli | | 62 |
| Brigitte Hascher | | 76 |
| Michael Raduner | | 78 |

Synodalpräsident: Gewählt sind somit: Brigitte Hascher und Michael Raduner. Ich gratuliere zur Wahl und frage die Gewählten, ob sie die Wahl annehmen.

Michael Raduner, Horn: Ich danke Ihnen für das Vertrauen und nehme die Wahl gerne an.

Brigitte Hascher, Hüttlingen: Ich danke Ihnen für das Vertrauen und nehme die Wahl an.

Synodalpräsident: Ich danke den drei Kandidaten, dass sie sich bereit erklärt haben, sich auf die Aufgabe einzustellen. Den Gewählten wünsche ich gute Erfahrungen in der anspruchsvollen und wichtigen Aufgabe. Ich hoffe, dass der Apfel, in den Urs Brauchli jetzt beissen muss, nicht allzu sauer ist.

b) ein Mitglied in die Rekurs- und Beschwerdekommision

Synodalpräsident: Gemäss § 50 unseres Geschäftsreglementes findet eine geheime Wahl statt.

Judith Hübscher Stettler, Gachnang: Wir hatten Mühe, einen geeigneten Kandidaten zu finden. Manchmal kommen einem die guten Leute auch einfach nicht gleich in den Sinn. Ich kenne Walter Berger, den wir Ihnen vorschlagen, nicht aus der Kirche, sondern aus dem Berufsleben. Walter Berger war Mitglied der Synode für die Kirchgemeinde Sulgen. Walter Berger ist neu Kirchenpräsident in Sulgen. Ich empfehle Ihnen Walter Berger zur Wahl als Mitglied der Rekurs- und Beschwerdekommision. Er war langjähriger Leiter des Amtes für Volksschule. Dort musste er oftmals einvernehmliche Lösungen suchen. Meines Erachtens ist er für die RBK sehr geeignet.

Walter Berger, Sulgen: Als ich vor ein paar Tagen angefragt wurde, ob ich in der Rekurs- und Beschwerdekommision mitwirken würde, habe ich ziemlich spontan mein Interesse bekundet und mich entschlossen, zu kandidieren. Gerne stelle ich mich vor: Ich bin 64 Jahre alt und seit zwei Monaten pensioniert. Ich bin verheiratet und Vater von sechs Kindern. Seit 25 Jahren wohne ich in Sulgen. Ich bin in Frauenfeld aufgewachsen, welches später lange Zeit mein Arbeitsort war. Während 43 Jahren habe ich in ganz unterschiedlichen Funktionen für die Thurgauer Volksschule gearbeitet: 20 Jahre als Lehrer, 8 Jahre als Schulinspektor, in dessen Funktion ich für die Fachaufsicht im Unterricht, in der Tätigkeit der Behörde und in der Beratung der Schulgemeinde in meinem Inspektoratsgebiet zuständig war. Schliesslich war ich 15 Jahre lang Chef des Amtes für Volksschule. Als solcher war ich für die Oberaufsicht über das gesamte Thurgauer Volksschulwesen zuständig. In den letzten 23 Jahren durfte ich mich fast täglich mit personal- und aufsichtsrechtlichen Fragen auseinandersetzen. Es reizt mich, diese Erfahrungen in einem neuen und anderen Gebiet einbringen zu können. Ich würde dies gerne in der RBK tun. Während meiner beruflichen Tätigkeit gab es immer wieder Berührungspunkte mit der Landeskirche. Ich hatte bezüglich des Religionsunterrichts zudem immer wieder Kontakte zur Landeskirche, weil es dort mit der Schule Schnittstellen gibt. Neben meiner Berufs- und Lebenserfahrung sowie dem fachlichen Interesse, die ich in dieses Amt einbringen kann, bringe ich vor allem Zeit mit. Ich geniesse die viele freie Zeit sehr für meine Familie und meine Hobbies. Ich übernehme aber sehr gerne Aufgaben, vor allem im gemeinnützigen Bereich, um mich nützlich zu erweisen. Ich fühle mich noch immer fit und voller Schaffenskraft. Meine Zeit wird es mir erlauben, mich sorgfältig auf die Aufgaben vorzubereiten und Verantwortung zu tragen, wenn Sie mich in das Amt wählen. In meiner beruflichen Tätigkeit habe ich bezüglich Rechtsfragen viel erlebt. Ich bin durch eine positive Grundhaltung gegenüber öffentlichen, gut funktionierenden Institutionen, wie dies die Schule und die Kirche sind, geprägt. Ich habe erfahren, wie man auch in sehr schwierigen Situationen fair miteinander umgehen und die Situationen gut bewältigen kann. Ich fühle mich mit der Evangelischen Landeskirche seit langer Zeit sehr stark verbunden. Ich habe mich immer für eine starke, selbstbewusste, lebendige Landeskirche eingesetzt. Während 12 Jahren war ich Kirchenpräsident in Sulgen und viele Jahre Mitglied der Synode. Seit dem 1. Juni habe ich das Amt des Kirchenpräsidenten in Sulgen wieder übernommen. Ich kenne die Arbeits- und Konfliktfelder der Kirche sehr gut. Es würde mich freuen, mich durch den Einsitz in der Rekurs- und Beschwerdekommision in den Dienst der Evangelischen Landeskirche stellen zu können. Ich hoffe auf Ihr Vertrauen und Ihre Stimme.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Synodalpräsident: Nach Rücksprache mit der Kirchenratskanzlei ist es zulässig, dass jemand in die Rekurs- und Beschwerdekommision gewählt werden kann, der selbst Mitglied der Behörde ist. Selbstverständlich würde Walter Berger in den Ausstand treten, wenn es um einen Konflikt geht, in den seine eigene Kirchgemeinde involviert ist.

Bitte beachten Sie, dass nur ein Name auf den Wahlzettel geschrieben werden darf. Ich bitte die Stimmzähler, die Wahlzettel für die Wahl des Mitgliedes der Rekurs- und Beschwerdekommision zu verteilen, anschliessend wieder einzuziehen und danach auszuzählen.

Wahl:

| | | |
|--|---|------------|
| Gesamtzahl der eingezogenen Wahlzettel | | 110 |
| - davon leer | 1 | |
| - davon ungültig | 1 | |
| Massgebende Wahlzettel | | 108 |
| Absolutes Mehr | | 55 |
| Es erhielten Stimmen: | | |
| Walter Berger | | 108 |

Synodalpräsident: Gewählt ist somit: Walter Berger. Ich gratuliere zur Wahl und frage den Gewählten, ob er die Wahl annimmt.

Walter Berger, Sulgen: Ich danke Ihnen für das Vertrauen und nehme die Wahl an. Ich freue mich sehr auf die Aufgabe.

c) zwei Ersatzpersonen in die Ombudsstelle

Synodalpräsident: Gemäss § 50 unseres Geschäftsreglementes findet für die Mitglieder und die Ersatzpersonen der Ombudsstelle eine offene Wahl statt. Diese ist zulässig, sofern nicht mehr Personen vorgeschlagen werden, als zu wählen sind.

Als Ersatzmitglieder sind vorgeschlagen:

- David Ackermann, Egnach
- Markus Kuhn, Steckborn

Markus Kuhn, Steckborn: Ich bin 36 Jahre alt, verheiratet und wohne in Steckborn. Ich bin ausgebildeter Sekundarlehrer und arbeite seit zwölf Jahren als Oberstufenlehrer. Zudem verfüge ich über eine Ausbildung als Mediator. Nebst der Mitgliedschaft der Evangelischen Kirche bin ich Mitglied einer freien Gemeinde. Dort arbeite ich seit mehr als 20 Jahren vor allem in der Jugendarbeit aktiv mit. Zudem habe ich fünf Jahre im Gemeinderat mitgearbeitet. Ich habe bemerkt, dass es nebst allem Schönen und Ehrenwerten im Kirchengrundfeld doch auch Konflikte oder Meinungsverschiedenheiten gibt. Da wäre es nicht schlecht, die Meinung einer neutralen Drittperson beizuziehen. Ich würde mich sehr freuen, wenn ich als Mediator meine Unterstützung anbieten dürfte.

David Ackermann, Egnach: Ich bin in Egnach aufgewachsen. Nach der obligatorischen Schulbildung und der Kantonsschule ging ich nach Zürich und studierte dort Jura. Während fünf Jahren habe ich in Zürich als Gerichtsschreiber geamtet. Danach kam ich wieder in die Ostschweiz zurück. Ich wohne nun schon seit ein paar Jahren mit meiner Lebenspartnerin wieder in Egnach. Seit acht Jahren arbeite ich als Rechtsanwalt in einer mittelgrossen Kanzlei im Kanton Thurgau. Ich verfüge ebenfalls über eine Ausbildung als Mediator. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie mir Ihr Vertrauen schenken, dass ich das verantwortungsvolle Amt als stellvertretende Person der Ombudsstelle übernehmen könnte.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Wahl:

- **David Ackermann** wird mit grosser Mehrheit als Ersatzperson der Ombudsstelle gewählt.
- **Markus Kuhn** wird mit grosser Mehrheit als Ersatzperson der Ombudsstelle gewählt.

Synodalpräsident: Gewählt sind somit: David Ackermann und Markus Kuhn. Ich gratuliere zur Wahl und frage die Gewählten, ob sie die Wahl annehmen.

David Ackermann, Egnach: Ich danke Ihnen für das Vertrauen und nehme die Wahl an.

Markus Kuhn, Steckborn: Ich danke Ihnen für das Vertrauen und nehme die Wahl an.

Synodalpräsident: Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass alle Gewählten für den Rest der Amtsdauer gewählt sind.

TRAKTANDUM 6

JAHRESBERICHT 2015 DER EVANGELISCHEN LANDESKIRCHE DES KANTONS THURGAU

Eintreten

Diskussion - **nicht benützt.**

Eintreten ist gemäss Kirchenverfassung **obligatorisch.**

Detailberatung

Synodalpräsident: Wir diskutieren den Jahresbericht kapitelweise. Bitte nennen Sie bei Ihren Voten die Seitenzahl und das entsprechende Kapitel.

1 Kirchenrat

Hans Peter Niederhäuser, Weinfelden: Ich spreche zu Kirchenrat Präsidium und Gesamtbehörde, Seite 8. Der Kirchenratspräsident führt dort die Notwendigkeit und erste Formen von Sponsoring aus. Er weist zu recht darauf hin, dass Sponsoring auch seine Tücken hat. Dabei weist er vor allem auf Missbräuche und Auswüchse in der Vergangenheit hin. Das ist natürlich einfacher, als die Probleme der Gegenwart und Zukunft zu benennen. Heute kann man ja seinen Stammplatz in der Kirche haben, ohne dass man zu den grossen Sponsoren gehört. Ich möchte auf drei Problemfelder im Zusammenhang mit dem Sponsoring hinweisen: 1. Mit Sponsoring kann eine Gemeinde ihren Steuerfuss tiefer halten. Dagegen hat ja grundsätzlich niemand etwas. Wenn aber immer mehr Gemeinden damit Abgaben an die Kantonalkirche sparen können, wird ein Punkt kommen, an dem wir darüber nachdenken müssen. 2. Das Prinzip Sponsoring "beisst" sich mit einem anderen Prinzip, das wir im Thurgau als eine der wenigen Landeskirche noch kennen, nämlich die Besteuerung der juristischen Personen. Je mehr Sponsoring betrieben wird, desto schwieriger wird die Argumentation für diese Art der Besteuerung. Oder um es in einem Bild auszudrücken: Wenn immer mehr Gemeinden auf das Pferd des Sponsoring setzen, müssen wir gewärtigen, dass wir vom Goldesel der Besteuerung juristischer Personen geworfen werden. 3. Um nun noch ein drittes Tier zu bemühen: "Es schläckts ka Geiss weg", dass im privaten Sponsoring die theologische und politische Unabhängigkeit der Landeskirche gefährdet sein kann. Angesichts dieser drei Problemfelder kann meines Erachtens nicht, wie es der Kirchenrat tut, von einem "zukunftssträchtigen Modell" gesprochen werden. Ich bin davon überzeugt, dass die Zukunft der Kirche nicht am Sponsoring vorbeikommen wird. Verstehen Sie mich richtig. Deshalb wäre es wichtig, wirklich über ein Modell nachzudenken. Zu einem solchen Modell müssten dann auch kantonale Leitlinien mit entsprechenden Controlling-Instrumenten gehören. Ich möchte mein Votum als Anregung verstanden wissen.

Kirchenratspräsident Pfr. Wilfried Bühner: Jene Gemeinden, die eine Jugendarbeitsstelle zusätzlich finanzieren, sind in einem höheren oder dem höchsten Steuersegment. Es werden keine gesetzlichen Aufgaben ausgelagert, um mit freiwilligen Spenden finanziert zu werden. Es handelt sich um zusätzliche Möglichkeiten, die über freiwillige Spenden finanziert werden. Damit kommt auch die Kantonalkirche nicht zu kurz. Wir haben kürzlich darüber diskutiert, wie wir damit umgehen würden, wenn ein Prominenter aus der Kirche austritt und sagt, dass er in Zukunft anstelle der Fr. 30'000.-- Kirchensteuern, die er zu bezahlen habe, jährlich Fr. 5'000.-- oder Fr. 10'000.-- in die Kirchenkasse bezahle. Wir haben uns gefragt, ob das ein Teil der Steuern ist, von denen wir etwas abschöpfen. Wahrscheinlich ist es das nicht, sondern ein Spendeneingang. Die Zusammenhänge könnten bestehen. Derzeit besteht diesbezüglich aber kein Problem. Ich sehe auch kein Problem, dass wir den "Goldesel", also die Steuern der juristischen Personen, gefährden. Es ist nicht einfach, Firmen zu gewinnen, um ein kirchliches Projekt zu unterstützen. Dies aber nicht, weil sie bereits die entsprechenden Steuern bezahlen, sondern weil sie nicht in den Ruf geraten wollen, konfessionell oder religiös einseitig zu sein. Umgekehrt wollen wir vielleicht nicht von allen Firmen gesponsert werden. Das Substanziellste sehe ich im 3. Punkt. Es ist wichtig, darauf zu achten, dass die demokratischen Entscheidungsmechanismen nicht ausgehebelt werden. Beispielsweise dort, wo Vereine bestehen, die Geld beschaffen, damit Zusatzstellen finanziert werden können, legen wir Wert darauf, dass die Grösse der Kirchenvorsteherschaft und die Vereinsentscheidungsorgane identisch sind. Darauf muss man achten. Eine Wegleitung würde hier sicher Sinn machen. Unterdessen kann man in der Schweiz ablesen, dass die Zukunft damit zu tun hat. Die Basler haben die Absicht, derzeit etwa einen Viertel der Einnahmen wieder auf die Hälfte zu steigern, nachdem sie extrem viele Austritte - die Zahl der Mitglieder der Landeskirche ist in den letzten 50 Jahren von über 100'000 auf etwa 30'000 Mitglieder zurückgegangen - zu verzeichnen hatten. Wenn dies gelingt, müssen laufend Dienste abgebaut werden. Dass man hier genau hinsehen muss, wie sich die Entscheidungsmechanismen abspielen, versteht sich von selbst.

Susanna Dschulnigg, Kreuzlingen: Ich spreche zu Fachstelle Internet und Website, Seite 37. Ich war etwas erstaunt, dass dort darauf hingewiesen wird, dass via Homepage ein Formular für einen Kircheneintritt heruntergeladen werden kann. An und für sich ist das hervorragend. Wir mussten in Kreuzlingen auf solche Kontakte reagieren. Mich stört, dass es auf der Website lediglich heisst: "Ich möchte in die Evangelische Landeskirche eintreten". Man gibt seinen Namen ein und das Dokument geht an die Kanzlei. Es fehlt der Hinweis darauf, dass man bei der Wohnsitzgemeinde ein schriftliches Gesuch um Aufnahme in die Kirche einreichen muss. Darüber haben wir bei der Überarbeitung der Kirchenordnung ausgiebig diskutiert. Die Kirchenvorsteherschaft entscheidet schliesslich über die Aufnahme. Meines Erachtens wird damit etwas unter den Tisch gewischt. So einfach kann man unserer Kirche nicht beitreten. Andere Landeskirchen weisen zumindest darauf hin, dass man sich bei der Wohnsitzgemeinde melden muss. Meines Erachtens müsste man darauf hinweisen, wie der Eintritt wirklich funktioniert.

Pfrn. Gabriele Weiss, Scherzingen-Bottighofen: Ich spreche zu Wie viele Events braucht die Kirche?, Seite 35. Ich möchte nicht widersprechen, was da steht oder was die GPK dazu geschrieben hat. Meines Erachtens wird aber die Schere zwischen "traditioneller Gottesdienst" und "Event" etwas aufgetan. Wir machen es uns fast zu einfach. Dazwischen gibt es auch noch so etwas wie das alltägliche Glaubensleben. Wenn man immer die Events hochhält, könnte das alltägliche Glaubensleben unter Umständen darunter leiden. Wir haben nicht immer nur Ostern oder Weihnachten. Mir ist es wichtig, dass der Glaube im Alltag eine Form braucht. Ich befürchte, dass ein Event nicht der Glaube im Alltag sein kann.

Pfr. Dr. Andreas Gäumann, Steckborn: Die GPK hat zu den Punkten 1.2 Recht und Gesetzgebung, 1.4 Seelsorge und Mission sowie 1.6 Theologie, Bildung und Medien einen Bericht verfasst. Ich bin überrascht darüber, dass sich der Kirchenrat dazu nicht geäussert hat. Mich würde seine Meinung zu den Punkten 1.2 und 1.4 interessieren. Zu 1.6 Theologie, Bildung und Medien: Mir ist es ein Anliegen, dass die regionale Zusammenarbeit seitens des Kirchenrates et-

was intensiver gefördert wird. Es geht der GPK nicht darum, dass möglichst alle Kirchgemeinden fusionieren. Es ist die Idee, zusammensitzen und zu überlegen, wo die Stärken der einzelnen Kirchgemeinden liegen. Kleinere Gemeinden sind immer "am Berg". Es macht keinen Sinn, dass analog der Katholischen Kirchgemeinde am Reissbrett ein Pastoralraum designt wird, sondern die Kirchgemeinden eines Oberstufenschulkreises sollen zusammensitzen und sich über Möglichkeiten der Zusammenarbeit austauschen können. Unsere Idee ist es, dass die Landeskirche diesem "Glück" etwas nachhilft, ohne dass es zu einer Fusion kommt.

Kirchenrat Rolf Bartholdi: Es ging etwas schnell. Wir haben die Ausführungen des Präsidenten der GPK abgewartet. Zu 1.2 Recht und Gesetzgebung: Hier hat die GPK mit ihren Ausführungen völlig recht. Bei den Meldemodalitäten ausländischer Mitglieder der Landeskirche hat das Personenfreizügigkeitsabkommen der EU/EFTA die Unterscheidung zwischen Niedergelassenen und Aufenthalter überrollt. Als die Verordnung im Jahr 2003 in Kraft trat, ist man bei den Bewilligungen vom damaligen Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG) ausgegangen. Man dachte, dass die Niedergelassenen, die meist bereits zehn Jahre hier gelebt haben, hier bleiben und voll integriert seien. Ein Beispiel: Für einen Aufenthalter, also die Bewilligung B, musste man nach ANAG die Aufenthaltsbewilligung jedes Jahr verlängern. Nach dem Personenfreizügigkeitsabkommen befinden wir uns in einer ganz anderen Situation. Vor allem jene, die uns speziell in unserer Landeskirche zufallen, sind Leute aus Deutschland. Diese erhalten nach Personenfreizügigkeitsabkommen, wenn sie eine Arbeitsstelle vorweisen können und länger als ein Jahr hier wohnen, automatisch die Aufenthaltsbewilligung für eine Mindestdauer von fünf Jahren. Deshalb ist die Unterscheidung zwischen der Integration und der Integrationstiefe der Aufenthalter nicht mehr aktuell. Es ist gut, dass wir diesen Hinweis nicht nur von der GPK, sondern auch von einer Gemeinde erhalten haben. Meines Erachtens wird der Anmeldemechanismus nicht mehr überall so gehandhabt, wie er eigentlich nach Verordnung des Kirchenrates gehandhabt werden sollte. Wir werden dies anpassen. Die Umsetzung des zweiten Punktes der GPK ist etwas schwieriger. Die Frage nach dem Systemwechsel bei einer Einer-Kandidatur bei der Pfarrwahl hat uns bereits beschäftigt. Der Kirchenrat hat über eine Vorlage in 1. Lesung beraten. Wenn die Pfarrwahl neu geregelt werden soll, muss man grundsätzlich von einer Zweier-Kandidatur ausgehen, obwohl es eine solche in den letzten Jahren leider wohl noch nie gegeben hat. Vielleicht wäre es gut, wenn es einmal eine Zweier-Kandidatur geben würde, aber unser Modell muss die Einer-Kandidatur sein. Dort gibt es die juristisch formalistische Überlegung, dass man für eine Personenwahl nicht mit ja oder nein antworten kann. Die Antwort mit ja oder nein bezieht sich auf ein typisches Sachgeschäft. Meines Erachtens ist es möglich, wenn wir das Wahlprozedere etwas anders anordnen und nicht gar zu formalistisch vorgehen, bei einer Einer-Kandidatur eine Antwort mit ja oder nein zu akzeptieren. Das Ganze wurde durch die Änderung des kantonalen Gesetzes über das Stimm- und Wahlrecht akzentuiert, welches wir übernehmen. Früher wurden die leeren Stimmzettel als gültige Stimmen gezählt. Heute sind sie ungültig. Deshalb haben wir die unglückliche Situation, dass es bei einer Einer-Kandidatur für ein Pfarramt sehr schwierig ist, die Wahl bei Missfallen des Kandidaten aus wahl-formellen Gründen verhindern zu können. Mit einem leeren Stimmzettel als solchem ist dies nicht möglich. Ein Gegenkandidat für das Amt des Pfarrers oder der Pfarrerin muss wählbar sein, das heisst, die Voraussetzungen müssen erfüllt werden. Der Kandidat muss also über ein Theologiestudium verfügen und ordiniert sein. Um eine Wahl in das Pfarramt zu verhindern, müsste man den Namen eines aktiven Pfarrers auf den Wahlzettel schreiben. Wir versuchen, die Problematik in den Griff zu bekommen. Wir werden auch darauf achten, dass wir nicht an einem Formalismus hängenbleiben. Vielleicht haben wir in ein paar Jahren keine Einer-Kandidaturen mehr für das Pfarramt, sondern Kampfwahlen. Dann ist eine Wahl mit Namen möglich. Die Ja- oder Nein-Antwort wäre bei einem Wahlgeschäft eigentlich ein Unding. Wir wollen und müssen dies gemäss der Kirchenverfassung umsetzen, indem der Kirchenrat formell eine Verordnung erlässt. Dies wird er demnächst tun.

Kirchenrat Lukas Weinhold: Ich antworte auf den Bericht der GPK zu 1.4 Seelsorge und Mission. Mit der Anregung wird "Wasser in den Rhein getragen." Der Kirchenrat ist aufgrund seiner

Beauftragung für die Palliative Care stark in die Fragen involviert. Der Bericht liegt noch nicht vor. Es ist gut, wenn Vorinformationen vorliegen. Allerdings kann ich mich dazu nicht weiter äussern. Ich vermute, dass die Frage vor allem an die beteiligten Institutionen, wie beispielsweise die Spitex, gerichtet ist, in wie fern sie selbst im Team kompetent sind, spirituelle Bedürfnisse anzusprechen. Ich weiss nicht genau, ob es unsere Seelsorgenden betrifft, die meines Erachtens durchaus in der Lage sind, solche Frage anzusprechen, oder ob es um die Vernetzung geht. Es ist uns bewusst, dass es möglicherweise um die Frage geht, wie das Team die spirituellen Bedürfnisse an die richtigen Stellen weiterleiten kann, damit es zu den Seelsorgenden geht. Hier haben wir bei der Vernehmlassung und der Auswertung unsere Fragezeichen platziert. Wir haben damit dazu beigetragen, dass man weiss, dass Handlungsbedarf besteht. Wir danken für den guten Hinweis und nehmen ihn sehr gerne auf.

Pfr. Dr. Andreas Gäumann, Steckborn: Ich habe nur eine Frage aufgeführt. Als Präsident einer Spitexorganisation habe ich an der Tagung teilgenommen. Ich bin davon ausgegangen, dass wir die Power-Point-Präsentation per E-Mail erhalten werden. Leider war dem nicht so. Deshalb habe ich nicht mehr alles im Kopf behalten. Im Bericht wird es nur eng ausgeführt. Es geht um das gesamte Verhältnis zwischen der Spiritualität und den betroffenen Organisationen. Das Thema "Vernetzung" muss verschärft angegangen werden. Meines Erachtens müsste dafür eine Arbeitsgruppe mit Personen aus verschiedenen Organisationen gebildet werden.

Kirchenratspräsident Pfr. Wilfried Bühner: Zu Susanna Dschulnigg: Ich werde das Anliegen mit Ernst Ritzi klären. Es ist richtig, dass man gleichzeitig auf zwei Ebenen eintritt, einerseits in die Landeskirche, andererseits in die Kirchgemeinde. Wir wollten es im Internet möglichst einfach machen. Wer in die Kirche eintreten will, ist motiviert. Wir wollten die Schwelle beim Einstieg nicht unnötig erhöhen. Zu Gabriele Weiss: Seit ich Gottesdienste halte, und ich bin im 36. Jahr im Pfarramt, habe ich mir immer aufgeschrieben, wie viele Personen ungefähr den Sonntagsgottesdienst besucht haben. Bereits in den 80er-Jahren habe ich festgestellt, dass die Durchschnittszahl etwa gleichgeblieben ist, aber die Ausschläge grösser und volatiler wurden. Man hat bereits damals zunehmend besondere Events durchgeführt, speziell ausgeschrieben und auf die Zielgruppen ausgerichtet. Vielleicht ist "Event" auch nicht das richtige Wort. Allenfalls ist "besondere Gottesdienste" besser. Gleichzeitig, nicht als Folge davon, ist die Gruppe der besonders treuen Gottesdienstbesucher, die jeden Sonntag kommen, weil es zum Sonntag dazu gehört, kleiner geworden. Die Entwicklung ging weiter und sie macht Sorgen. Es kann nicht sein, dass wir die Gottesdienste mit guten Zielgruppenangeboten auf besondere Art und Weise über die Gemeinde hinaus kompensieren, wenn wir es in der eigenen Gemeinde nicht mehr anders schaffen. Pfrn. Gabriele Weiss hat dies schön ausgedrückt. Ist es wirklich alternativlos, was im Bericht der GPK steht? Dort heisst es: "Somit bleibt den Kirchen nichts anderes übrig, mehr eventartige Gottesdienste anzubieten." Darüber müssen wir noch einmal nachdenken. Wo wurde über Jahrzehnte gute Jugendarbeit geleistet? Wie wirkt sich dies auf den treuen Gottesdienstbesuch am Sonntag aus? Es gibt aber auch noch andere Faktoren. Ich habe nichts gegen Events. Ich mache diese gerne, und ich freue mich daran. Wenn ich den Gottesdienst vom Bodensee-Kirchentag zahlenmässig mit rechne, steigt der Durchschnitt. Die Sorge darum, dass alles, was dazwischen ist, nicht einfach versiegt, sondern dass der Glaube gelebt, gepflegt und vertieft wird, ist uns wichtig.

Anneliese Klarer, Amriswil-Sommeri: Als Vertreterin der "alten" Generation bin ich froh, dass es die traditionellen Gottesdienste noch gibt, an welchen ich mich durch das Wort Gottes stärken und über die Woche davon zehren kann. Ich hoffe, dass dies beibehalten wird, auch wenn weniger Leute den Gottesdienst besuchen.

Pfr. Dr. Andreas Gäumann, Steckborn: Es wird mir nun etwas unterstellt, dass die Event-Gottesdienste das einzige Heilmittel und die "normalen" Gottesdienste ein Auslaufmodell seien. Das ist aber nicht meine Meinung. Es geht mir auch nicht darum, die Arten einander gegenüberzustellen. Als ich den Geschäftsbericht gelesen habe, kam es mir so vor, als dass beim

Kirchenrat eine gewisse Melancholie vorhanden ist. Das Positive erschien mir etwas zu wenig deutlich. Ich warte noch immer auf die Antwort des Kirchenratspräsidenten zur regionalen Zusammenarbeit. Weshalb hat er nichts gesagt?

Kirchenratspräsident Pfr. Wilfried Bühler: Ich sehe in den Event-Gottesdiensten kein "Allheilmittel". Wenn Kollegen eine gute Idee haben, wie beispielsweise der Brücken-Gottesdienst mit Eschikofen, Hüttlingen, Felben und alle Gemeinden, die vor Jahren daran beteiligt waren, brauchen sie unsere Ideen nicht. Dafür sind auch keine Subventionen oder andere Unterstützungen nötig. Wir ermutigen die Gemeinden, solche Anlässe durchzuführen. Es ist attraktiv, über die Gemeinde hinweg zusammenzuarbeiten. Der Bodensee-Kirchentag hat es auch gezeigt. Ich fürchte mich nicht davor, dass niemand auf solche Ideen kommt. Ich halte es aber nicht für das zukunftssträchtige Mittel. Ich möchte damit nicht negativ werden. Ich bin aber davon überzeugt, dass die Kirche auch vor Ort eine Zukunft haben wird. Hier müssen wir hinschauen, die nötigen Konsequenzen daraus ziehen und daran arbeiten. Es wird bereits viel gemacht, beispielsweise mit den Glaubenskursen. Das regionale Ausweiten ist aber noch nicht automatisch die Lösung.

Pfr. Dr. Andreas Gäumann, Steckborn: Ich möchte zu bedenken geben, dass sich die Mitgliederzahlen teilweise sehr stark verschieben. Ich bitte Sie, die Mitgliederzahlen der einzelnen Kirchgemeinden der letzten 20 Jahre anzusehen. Einige Gemeinden wie Steckborn konnten ihre Zahlen halten, andere haben 30 % bis 40 % verloren. Dies führt dazu, dass man darauf achten muss, wo die Stärken sind und wo man regional zusammenarbeiten kann, weil dort mehr Ressourcen vorhanden sind. Es geht nicht darum, irgendwelche Gelder abzuholen oder einen Zentralismus einzuführen, sondern die Kirchengemeinden vor Ort sollen etwas zu ihrem Glück gezwungen werden, zusammenzuarbeiten. Ich könnte mir vorstellen, dass es die Kirchgemeinden motiviert, wenn man im Jahresbericht Angaben zur Zusammenarbeit mit anderen Kirchgemeinden machen muss. Darum geht es mir.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

2 Synode

Diskussion - **nicht benützt.**

3 Rekurs- und Beschwerdekommision

Diskussion - **nicht benützt.**

4 Kirchgemeinden

Susanna Dschulnigg, Kreuzlingen: Ich spreche zu Visitationen 2015, Seite 47. Ich verweise auf Traktandum 10 und danke dem Kirchenrat für die Auflistung der Themen. Es ist sehr gut zu hören, was in den Kirchgemeinden "brennt". Dies könnte man in der Gesprächssynode aufnehmen. Dies wollte ich als Hinweis anmerken.

Bernhard Rieder, Frauenfeld: Ich spreche zu Verhältnis Kirchgemeinden - Landeskirche, Seite 45. Ich möchte aus Sicht eines Mitglieds der Kirchenvorsteherschaft Stellung nehmen und sehe die Beurteilung der GPK etwas anders. Meines Erachtens führen die von der GPK vorgeschlagenen Möglichkeiten zu einem grossen Aufwand. Man muss sich die Frage des Kosten-Nutzen-Verhältnisses für eine Mitarbeiterzeitschrift oder einen Newsletter stellen. Ich würde mich nicht sehr freuen, wenn ich an den monatlichen Sitzungen der Kirchenvorsteherschaft jeweils eine Videobotschaft des Kirchenrates über mich ergehen lassen müsste. Die Sitzung würde noch länger dauern. Ich halte die Massnahme nicht wirklich für nützlich. Es ist wichtig, dass der Kirchenrat den Mitgliedern und den Kirchgemeinden zur Verfügung steht, wenn es darum geht, Hilfsmittel anzubieten oder auf juristisches Know-how, beispielsweise bei Besoldungs- und Personalfragen, Anstellungsfragen und Archivfragen, zurückzugreifen. Es ist für die Kirchgemein-

den wichtig, mit solchen Fragen an den Kirchenrat gelangen zu können. Ich habe selbst davon Gebrauch gemacht, und ich wurde sehr gut beraten.

Pfr. Dr. Andreas Gäumann, Steckborn: Sie alle sind Mitglieder der Synode und verfügen über gute Informationen. Wenn kein Mitglied der Synode in der Kirchenvorsteherschaft Einsitz hat, sind die Informationen seitens des Kirchenrates deutlich spärlicher. Uns geht es darum, dass diese Verbindungen intensiver werden. Hier besteht die Möglichkeit einer Mitarbeiterzeitschrift oder eines Newsletters an die freiwilligen und angestellten Mitarbeiter. Der Aufwand wäre nicht sehr gross. Meines Erachtens könnte man hier etwas niederschwelliger und intensiver arbeiten. Mir kommen die Informationen seitens des Kirchenrates etwas steif und starr vor. Ich bin nun seit neun Jahren im Thurgau und erhalte vom Kirchenrat einen Brief, der mit "Sehr geehrter Herr Präsident der GPK" beginnt. Natürlich ist das formell korrekt. Es kam mir einfach sehr steif vor. Ich hätte mir eine andere Form vorstellen können. Man könnte sich überlegen, alles etwas leichtfüssiger zu handhaben und netter daherkommen zu lassen. Die Videobotschaften sollen sich nicht an die Kirchenvorsteherschaften richten. Es ist die Meinung, wie die Landeskirche nach aussen treten kann und wie sich der Kirchbürger davon überzeugen kann, dass die Landeskirche einen Nutzen hat. Die Landeskirche sollte sich besser präsentieren. Die Landeskirche muss ihre Existenz nach aussen zeigen, und zwar für den "normalen" Kirchbürger. Dies wäre eine Chance, mit moderneren Methoden an die Leute heranzutreten.

Pfr. Dr. Christian Herrmann, Gachnang: Ich empfehle, dass der Präsident der GPK gleich beim Rednerpult stehen bleibt. So muss er sich nicht jedes Mal melden und die Beratungen gehen schneller vonstatten. Die Meinung der GPK liegt schriftlich vor. Die Beratungen dauern sehr lange, wenn bei jedem Traktandum jeweils die Meinung der GPK nochmals wiederholt wird und ein Frage- und Antwort-Hin-und-Her stattfindet. Ich empfehle, die Beratungen etwas zu straffen.

Diskussion - nicht weiter benützt.

5 Kapitel

Diskussion - **nicht benützt**.

6 Finanzen

Diskussion - **nicht benützt**.

Anhänge

Diskussion - **nicht benützt**.

Anneliese Klarer, Amriswil-Sommeri: Während meiner langjährigen Tätigkeit als Mitglied der Synode und auch als früheres Mitglied der GPK hatte ich schon manchen Jahresbericht in der Hand. Ich spreche ein grosses Lob aus. Der vorliegende Bericht ist sehr informativ, interessant und straff abgefasst. Ich habe ihn fast wie einen Roman gelesen.

Diskussion - **nicht weiter benützt**.

Synodalpräsident: Möchte jemand auf einen Punkt zurückkommen? Das ist nicht der Fall.

BESCHLUSSFASSUNG:

Der Jahresbericht 2015 der Evangelischen Landeskirche des Kantons Thurgau wird mit grosser Mehrheit genehmigt.

TRAKTANDUM 7

RECHNUNGEN 2015

a) Genehmigung der Hauptrechnung

Eintreten

Eintreten ist gemäss Kirchenverfassung **obligatorisch**.

Detailberatung

Synodalpräsident: Wir diskutieren die Rechnung nach Kontonummer. Bitte nennen Sie bei Ihren Voten die Seitenzahl und das entsprechende Konto.

Erfolgsrechnung

Pfr. Dr. Andreas Gäumann, Steckborn: Ich spreche zu Seite 17, Konto 7031.3635.08 Schau-steller- u. Zirkusseelsorge. Die GPK hat in ihrem Bericht den Kirchenrat gebeten, mit dem Ver-ein das Gespräch zu suchen, weil kirchliche Handlungen zu festen Tarifen angeboten werden, was dem Angebot eines freien Theologen ähnelt. Dies entspricht nicht der Praxis unserer Lan-deskirche. Wie sieht dies der Kirchenrat?

Kirchenratspräsident Pfr. Wilfried Bühler: In der Zwischenzeit fand die Jahrestagung der KiKo, der Kirchenkonferenz, statt. Ich habe die Frage dort gestellt. Zirkus-Seelsorgerin Pfrn. Ka-tharina Hobby hat ein Pensum, welches von der Landeskirche mit Fr. 18'000.-- entschädigt wird. Seitens des Zirkus und der Schausteller wird ebenfalls etwas beigetragen. Es wird wohl ein Pensum von ca. 25 % ergeben. Man wird Pfrn. Katharina Hobby nicht allzu viele Vorschrif-ten machen können, was sie während den restlichen 75 % ihrer Arbeitszeit machen darf und was nicht. Ich habe selbst im Internet nachgeschaut. Pfrn. Katharina Hobby stellt ihre freiberuf-lich freien theologischen Angebote nicht in den Vordergrund. Vielleicht sieht es Pfr. Dr. Andreas Gäumann etwas anders. Wer in der Migros arbeitet, sollte nicht nebenberuflich dieselben Pro-dukte verkaufen. Jemand, der eine kirchliche Anstellung hat, sollte nicht noch freiberuflich, bei-spielsweise als Ritualberater, tätig sein. Es geht hier aber um ein kleines Pensum, das Pfrn. Katharina Hobby für die Landeskirche ausübt und das wir via KiKo mitfinanzieren.

Pfr. Dr. Andreas Gäumann, Steckborn: Ich spreche zu Seite 19, Konto 8010.3990.00 Berner Haus. Im Bericht der GPK haben wir darauf hingewiesen, dass die Verzinsung des Finanzkapi-tals mit 1 % sehr bescheiden ist.

Kirchenratspräsident Pfr. Wilfried Bühler: Das stimmt. Wäre das Haus auf dem freien Markt und wir ein normaler Liegenschaftenbesitzer, dürften wir etwas mehr rechnen. Wir haben über alles, auch bei internen Verzinsungen, die 1 % Verzinsung gerechnet. Es handelt sich dabei um ein "Null-Summen-Spiel". Wir könnten hier ohne weiteres 2 % einsetzen.

Diskussion - **nicht weiter benützt**.

Bilanz

Diskussion - **nicht benützt**.

BESCHLUSSFASSUNG:

Die Hauptrechnung 2015 der Evangelischen Landeskirche des Kantons Thurgau wird mit gros-ser Mehrheit genehmigt.

Synodalpräsident: Ich danke dem Kirchenrat sowie Katrin Argand für die grosse Arbeit.

b) Beschluss über die Verwendung des Vorschlags

Synodalpräsident: Der Antrag des Kirchenrates zur Verwendung des Vorschlags liegt schriftlich vor. Er ist auf den Seiten 38 und 39 in der Rechnung 2015 abgedruckt.

Pfr. Dr. Andreas Gäumann, Steckborn: Die GPK führte zur Verwendung des Vorschlags intensive Diskussionen. Ein Teil der GPK-Mitglieder wollte den gesamten Vorschlag der Verteilung an den Kirchenrat zurückweisen. Die GPK hat sich für einen Mittelweg entschieden und **beantragt** zwei Änderungen: 1. Streichung der Fr. 80'000.-- für zusätzliche Abschreibungen Berner Haus. Begründung: Die Abschreibungen müssen nicht ausserhalb des Budgets getätigt werden. Abschreibungen sollen ausserdem den üblichen Ansätzen folgen. 2. Streichung der Fr. 60'000.-- Einlage in Mitfinanzierungsfonds. Begründung: Der Mitfinanzierungsfonds verfügt über Fr. 945'411.--. Die Einlage ist nicht dringend notwendig und kann über das Budget erfolgen. Unseres Erachtens sollte keine zweite Buchhaltung "aufgezogen" werden, nur weil ein Gewinn verbucht werden konnte. Es sollen keine ausserordentlichen Abschreibungen ausserhalb des Budgets der Synode in einem Pauschalpaket vorgelegt werden. Alles soll über das Budget und die Rechnung laufen. Ein Gewinn soll dem Eigenkapital zugewiesen werden. Ein dringendes Anliegen kann dann aus dem Eigenkapital finanziert werden. Zudem soll die Kompetenzsumme des Kirchenrates über das Budget abgewickelt werden. Wenn etwas wichtig ist, hat es im Budget Platz. Wenn etwas über den Gewinn abgewickelt werden soll, kann man sich fragen, ob es wichtig ist. Ich bitte Sie, die Anträge der GPK zu unterstützen.

Kirchenratspräsident Pfr. Wilfried Bühner: Zum ersten Antrag: Es geht hier nicht um Geld, das wir ausgeben, sondern um buchhalterische Fragen. Die zusätzliche Abschreibung von Fr. 80'000.-- für das Berner Haus ist das, was die meisten Kirchengemeinden tun, wenn sie einen Gewinn ausweisen können. Meines Erachtens erfolgt keine grosse Verfälschung des künftigen Rechnungsabschlusses, jedenfalls was das Verwaltungsvermögen beim Berner Haus betrifft, wenn wir den Rest auf ein Mal abschreiben. Wenn die Synode dem Antrag der GPK zustimmt, wird es noch ein paar Jahre mit Abschreibungen zwischen Fr. 8'000.-- und Fr. 12'000.-- dauern, bis das Berner Haus abgeschrieben ist. Der Kirchenrat ist der Ansicht, dass die volle Abschreibung in einem Betrag vorgenommen werden kann. Der Entscheid liegt aber bei der Synode. Zum zweiten Antrag: Es stimmt, dass der Fonds in seiner Existenz nicht gefährdet ist. Man ist einmal davon ausgegangen, dass der Zins 2 % bis 3 % beträgt. Dann hätte der Zins für 1 Million Franken jährlich Fr. 20'000.-- bis Fr. 30'000.-- betragen. Dem ist heute nicht mehr so. Intern wird wie erwähnt mit 1 % verzinst. Vermutlich ist auch das noch zu viel. Deshalb wollten wir bei einem solch guten Abschluss den Fonds berücksichtigen und das einbezahlen, was in den letzten Jahren weniger an Zinsen gutgeschrieben werden konnte. Zu den Kompetenzen des Kirchenrates: Den Beschluss über das Budget 2017 fasst die Synode im November 2016. Wir sind sehr offen dafür, für die Kompetenzen bereits etwas im Budget aufzunehmen. Auch wenn es wieder einmal etwas knapper wird, muss der Kirchenrat die Möglichkeit haben, Beträge unter dem Jahr zu sprechen, die nicht budgetiert werden konnten.

Roland Gahlinger, Aadorf-Aawangen: Bei Fr. 80'000.-- kann man darüber diskutieren, ob man den Betrag auf ein Mal abschreibt oder nicht. Meines Erachtens ist die Einlage von Fr. 60'000.-- in den Mitfinanzierungsfonds nicht nachvollziehbar. Letztes Jahr wurden daraus Fr. 57'000.-- entnommen. Nun soll der Fonds wieder mit Fr. 60'000.-- geäuftet werden, nur weil ein guter Abschluss erfolgte. Der Fonds verfügt aber über fast 1 Million Franken. Wenn wir das Geld dem Eigenkapital zuweisen, ist es "sauberer" und klarer. Wenn Geld benötigt wird, kann man es dem Eigenkapital entnehmen. Das ist kein Problem. Es ist transparenter, zumindest die Einlage von Fr. 60'000.-- aus dem Vorschlag des Kirchenrates zur Verwendung des Vorschlags zu streichen.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Abstimmungen:

- Dem Antrag 1 der GPK wird mit 45:41 Stimmen zugestimmt.
- Dem Antrag 2 der GPK wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.

ENDE DER VORMITTAGSSITZUNG: 12.05 UHR**BEGINN DER NACHMITTAGSSITZUNG: 14.00 UHR**

Synodalpräsident: Wir führen die Beratung der weiteren Verwendung des Vorschlags betragsweise fort.

Fr. 20'000.00 Einlage in "Vorfinanzierung für ausserordentliche Beiträge"

Diskussion - **nicht benützt.**

Abstimmung:

Dem Antrag des Kirchenrates wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.

Fr. 20'000.00 Einlage in "Hilfskasse der Evangelischen Landeskirche"

Pfr. Markus Aeschlimann, Frauenfeld: Ich bin froh, dass der Kirchenrat eine Einlage von Fr. 20'000.-- in die "Hilfskasse der Evangelischen Landeskirche" beantragt. Wir haben dieses Jahr einen grossen Vorschlag gemacht. Dass nun die Hilfskasse gespiesen werden soll, ist richtig. Die Landeskirche hat aus dieser Hilfskasse im letzten Jahr Fr. 10'000.-- für die Flüchtlingshilfe, für Syrien und Irak sowie Fr. 5'000.-- für Pakistan bezahlt. Bei diesen Beträgen ging es jeweils darum, nicht die sehr reichen Kirchen, sondern die unter Druck stehenden Kirchen zu unterstützen. Meines Erachtens ist es sehr gut, dass der Kirchenrat hier einen Schwerpunkt setzt und wir bedrängte Kirchen und bedrängte Christen mit unseren Möglichkeiten etwas unterstützen können. Vielleicht ist es möglich, zum Thema "bedrängte Kirchen und bedrängte Christen" einen eigenen Fonds zu erstellen. So, wie die Situation in unserer Welt aussieht, wird uns das Thema nicht sehr schnell verlassen. Es stellt sich die Frage, ob die Christen in Syrien und Irak in den vielen "zusammengebombten" Kirchen dort bleiben können. Bis alles wieder aufgebaut ist, werden die Christen und die Gemeinden viel Unterstützung benötigen. Dies möchte ich als Anregung an den Kirchenrat und an die Synodalen weitergeben.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Abstimmung:

Dem Antrag des Kirchenrates wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.

Fr. 50'000.00 Vorfinanzierung der Jubiläumsaktivitäten 2017 - 2020

Diskussion - **nicht benützt.**

Abstimmung:

Dem Antrag des Kirchenrates wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.

Fr. 360'511.33 Zuweisung an Eigenkapital

Diskussion - **nicht benützt.**

Abstimmung:

Dem bereinigten Antrag des Kirchenrates wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.

BESCHLUSSFASSUNG:

Der bereinigten Verwendung des Vorschlags wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.

TRAKTANDUM 8

NEUER KONTENPLAN UND NEUE SOFTWARE FÜR DAS RECHNUNGSWESEN DER KIRCHGEMEINDEN BOTSCHAFT UND ANTRAG DES KIRCHENRATES

Eintreten

Diskussion - **nicht benützt.**

Eintreten wird stillschweigend **genehmigt.**

Synodalpräsident: Die Botschaft und der Antrag des Kirchenrates sind im Synodalamtsblatt auf den Seiten 3 bis 5 abgedruckt.

Detailberatung

Pfr. Dr. Andreas Gäumann, Steckborn: Ich möchte Kirchenrätin Ruth Pfister ganz herzlich danken. Sie hat im Hintergrund sehr viel geleistet. Dass wir nun an diesem Punkt stehen, ist nicht zuletzt ihr zu verdanken.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

BESCHLUSSFASSUNG:

Die Synode nimmt vom Vorgehen des Kirchenrates im Zusammenhang mit der Beschaffung und Einführung einer neuen Software für das Rechnungswesen der Kirchgemeinden zustimmend Kenntnis.

TRAKTANDUM 9

REVISION ENTSCHÄDIGUNGSVERORDNUNG BOTSCHAFT UND ANTRAG DES KIRCHENRATES

Eintreten

Diskussion - **nicht benützt.**

Eintreten wird stillschweigend **genehmigt.**

Detailberatung

Synodalpräsident: Die Botschaft und der Antrag des Kirchenrates sind im Synodalamtsblatt auf den Seiten 6 bis 8 abgedruckt. Die Stellungnahme der GPK liegt ebenfalls schriftlich vor. Ich schlage vor, die Verordnung paragraphenweise durchzuberaten. **Stillschweigend genehmigt.**

1. Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Diskussion - **nicht benützt.**

§ 2

Diskussion - **nicht benützt.**

§ 3

Pfrn. Gabriele Weiss, Scherzingen-Bottighofen: Ich sehe eine gewisse Diskrepanz zwischen dem Kommentar des Kirchenrates und dem Abs. 2. Gemäss Verordnung sollen Kirchgemeinden verabreden können, dass den Pfarrern die Vertretungen nicht bezahlt werden, wenn sie regelmässig gemeinsam Vertretungen organisieren. Im Kommentar heisst es, dass dies die Aufsichtskommission beschliesse. Meines Erachtens können dies die Kirchgemeinden untereinander vereinbaren. Die Aufsichtskommission ist die Kirchenvorsteherschaft ohne Pfarrer. Ich möchte beliebt machen, dass die Pfarrer etwas mitreden können und alles gut abgesprochen wird. Es geht um ihr Pensum, über das hier bestimmt wird. Wir ändern hier etwas, das in letzter Zeit Praxis geworden ist. Ich stelle den **Antrag**, § 3 Abs. 2 wie folgt zu ergänzen: "Dies geschieht auf Ebene der Kirchenvorsteherschaften."

Robert Schwarzer, Arbon: Der Kirchenrat beantragt die Streichung des bisherigen § 3 betreffend die Anpassung der Teuerung. Ich **beantrage**, den bisherigen § 3 unverändert in der Verordnung zu belassen. Die nächsten Paragraphen sollen mit § 4 ff. weitergeführt werden. Der bisherige § 3 lautet wie folgt: "Die Ansätze dieser Verordnung basieren auf dem Indexstand von 116,0 (Basis 100: Mai 1993). Sie werden jeweils im dritten Jahr einer Amtszeit der Synode, unter Berücksichtigung der Finanzlage der Landeskirche sowie der Entwicklung von Teuerung und allgemeiner Wirtschaftslage, neu festgelegt." Meines Erachtens rechtfertigt es sich nach wie vor, den Paragraphen in der Entschädigungsverordnung zu belassen. Wohl war in den letzten Jahren keine Teuerung oder gar eine Negativteuerung zu verzeichnen, aber dies wird sich wieder ändern. Die Zielgrösse ist es, eine Teuerung von etwa 2 % zu erreichen. Das Bundesamt für Statistik rechnet im laufenden Jahr noch einmal mit -0,4 %. Im nächsten Jahr wird die Teuerung bei 0,3 % liegen. Ich gehe davon aus, dass man über diese Frage eingehend diskutiert hat, als man den Paragraphen in die Verordnung übernommen hat. Wenn man die Formulierung nun einfach herausstreicht, ist dies ein Abbau auf Vorrat. Es tut uns nicht weh, dies in der Verordnung zu belassen. Wir verhindern damit, dass bei einer Teuerung wieder Grundsatzdiskussionen geführt werden müssen. Im bisherigen Paragraphen sind alle Eventualitäten geregelt.

Pfr. Dr. Christian Herrmann, Gachnang: Ist der Antrag von Pfrn. Gabriele Weiss rechtmässig möglich, dass die Kirchenvorsteherschaft und damit auch die Pfarrperson über die Entschädigungen beschliesst?

Kirchenratspräsident Pfr. Wilfried Bühler: Es ist richtig, dass nicht die Kirchgemeinde im Sinne der Kirchgemeindeversammlung darüber entscheidet. Es ist richtig, dies zu präzisieren. Aus Sicht der Logik müsste es die Aufsichtskommission sein. Es gibt noch einen anderen Aspekt. Ich bin nicht sicher, ob ich über diesen Punkt mitreden wollte, wenn ich noch im Pfarramt wäre. Die Beschlüsse müssen in Übereinstimmung über die Gemeinden hinaus gefällt werden. Dann sind es die Kirchenvorsteherschaften, die mit anderen Kirchgemeinden verhandeln und darüber beschliessen und nicht eine Aufsichtskommission mit der anderen. Ich könnte damit leben, dass es die Kirchenvorsteherschaften und nicht die Aufsichtskommissionen sind, die beschliessen. Als Pfarrer würde ich dazu allerdings schweigen.

Kirchenrat Rolf Bartholdi: Der zweite von Kirchenratspräsident Pfr. Wilfried Bühler erwähnte Aspekt ist eine interkommunale Abmachung und geht über die Kirchgemeindegrenzen hinaus. Meines Erachtens kann auch die Aufsichtskommission über die Entschädigung beschliessen. Ich würde die Kompetenz bei der Aufsichtskommission belassen. Man hat die Aufsichtskommissionen mit dem "Kunstgriff" eingeführt, um den Ausstand und die Befangenheit der Pfarrpersonen in Sachen "Entlöhnung und Arbeitsbedingungen" neutral zu regeln. Ich glaube nicht,

dass ein Grundsatzentscheid nötig ist. Trotzdem würde ich die Funktionen und Kompetenzen der Aufsichtskommission nicht "anknabbern". Weshalb sollte eine Aufsichtskommission nicht mit einer anderen Aufsichtskommission eine Vereinbarung treffen können? Dies sollte möglich sein, wenn sie im Rahmen ihrer Kompetenz geschieht.

Kirchenratspräsident Pfr. Wilfried Bühler: Ich stelle den **Antrag**, § 3 Abs. 2 wie folgt zu ergänzen: "Dies geschieht auf Ebene der Aufsichtskommission." Damit ist das Thema auf dem Tisch und die Synode kann die Anträge einander gegenüberstellen.

Pfr. Dr. Christian Herrmann, Gachnang: Ich habe auf meine Frage keine Antwort erhalten. Unsere Abstimmung über den Antrag von Pfrn. Gabriele Weiss hängt von dieser Frage ab.

Kirchenrat Rolf Bartholdi: Auch in der Rechtswissenschaft lässt sich dies nicht ganz absolut sagen. Aufgrund der Funktion und Stellung der Aufsichtskommission kann man der Aufsichtskommission die Aufgabe nicht entziehen. Wenn man es trotzdem macht, wäre im Anwendungsfall ein Streit möglich. Es könnte sein, dass nicht der Kirchenrat, sondern vielleicht die Rekurs- und Beschwerdekommision oder das Bundesgericht endgültig entscheiden müsste, wer zuständig ist. Ich würde mich auf die sichere Seite begeben und die Kompetenz bei der Aufsichtskommission belassen. Man hat die Aufgabenverteilung mit der Schaffung der Aufsichtskommission bewusst geregelt. Es ist die sicherere Lösung. Ob es die richtige Lösung ist, kann ich aber nicht sagen. Dies müsste im Streitfall eine übergeordnete Instanz festlegen.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Synodalpräsident: Ich schlage vor, den Antrag Weiss dem Antrag des Kirchenratspräsidenten gegenüberzustellen. Der obsiegende Antrag wird dem Antrag gemäss Synodalamtsblatt des Kirchenrates gegenübergestellt. **Stillschweigend genehmigt.**

Abstimmungen:

- Der Antrag des Kirchenratspräsidenten obsiegt gegenüber dem Antrag Weiss mit grosser Mehrheit.
- Dem Antrag des Kirchenratspräsidenten wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.

Kirchenratspräsident Pfr. Wilfried Bühler: Wir haben festgestellt, dass in den vergangenen 20 Jahren dem, was im nun zu streichenden alten § 3 steht, nicht nachgelebt wird. Gemäss § 3 müsste alle vier Jahre abgestimmt werden. Wir haben die Verordnung alle vier Jahre zur Diskussion gestellt. Die Beibehaltung würde bedeuten, dass alle Posten angepasst werden müssten. Derzeit liegt die Teuerung bei 0,4 %. Die Predigt-Stellvertretung würde von Fr. 300.-- auf ca. Fr. 315.80 festgelegt. Dies wurde so nie gehandhabt. Wir haben die Beträge angepasst, weil wir der Meinung sind, dass sie angepasst werden müssen, und dies aus anderen Gründen als die Anpassung an die Teuerung. Die Beträge wurden immer in 50-Franken-Schritten angepasst. Dies ist die Praxis mindestens der letzten zwölf Jahre. Wenn man den Abschnitt beibehält, hätte dies allenfalls den Vorteil, es alle vier Jahre wieder zum Thema zu machen. Die Formulierung mit der Anpassung an die Teuerung ist nicht logisch.

Robert Schwarzer, Arbon: Der Kirchenratspräsident hat gesagt, dass man dem bisherigen § 3 in den letzten Jahren nicht nachgelebt habe. Ich empfehle, dass wir ihm jetzt nachleben und ihn beibehalten.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Abstimmung:

- Der Antrag Schwarzer wird mit grosser Mehrheit abgelehnt.

2. Studienurlaub

§ 4

Diskussion - **nicht benützt.**

§ 5

Diskussion - **nicht benützt.**

3. Weiterbildungskurse

§ 6

Diskussion - **nicht benützt.**

4. Stellvertretungen

§ 7

Diskussion - **nicht benützt.**

5. Tätigkeit in Sitzungen

§ 8

Diskussion - **nicht benützt.**

§ 9

Christian Lohr, Kreuzlingen: Ich weise darauf hin, dass die Entschädigungen für die Sitzungen der Synode und für jene der Kommissionen unterschiedlich sind. Das ist etwas speziell. Meines Erachtens ist es sinnvoll, gleiche Entschädigungen zu entrichten. Die Arbeit der Kommissionen ist sehr wichtig. Wir haben an den Synoden immer wieder feststellen können, wie gut und seriös Vorbereitungsarbeit geleistet wird. Ich würde fast behaupten, dass die Arbeiten in den Kommissionen oder für die Kommissionen vertieftere Vorbereitungsarbeiten und konzentriertere Arbeit benötigen. Ich möchte zuhänden des Protokolls festhalten, dass ich diese Unterscheidung nicht optimal finde.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

§ 10

Diskussion - **nicht benützt.**

6. Entschädigung Rekurs- und Beschwerdekommision

§ 11

Diskussion - **nicht benützt.**

§ 12

Diskussion - **nicht benützt.**

7. Entschädigung der Dekane oder Dekaninnen, der Mentoren oder Mentorinnen und der in der Ombudsstelle eingesetzten Personen

§ 13

Diskussion - **nicht benützt.**

§ 14

Diskussion - **nicht benützt.**

§ 15

Diskussion - **nicht benützt.**

8. Praktikumsentschädigung

§ 16

Eugen Schmitter, Weinfelden: In den Erläuterungen zu Abs. 2 heisst es, dass die Entschädigung zwölf Mal ausbezahlt werden müsse. Laut Entschädigungsverordnung müssen 13 Monatslöhne ausbezahlt werden. Die Formulierung "50 % des ausbezahlten Lohnes" ist etwas unglücklich. Welche Zulagen und Abzüge werden hier berücksichtigt? Werden effektive Pauschalspesen eingerechnet oder soll der Pfleger der betroffenen Person eine separate Rechnung stellen, damit der ausbezahlte Lohn höher ist? Im schlimmsten Fall gehören hier noch Kinderzulagen dazu, weil diese der Kirchgemeinde vergütet werden. Auch Kranken- und Unfalltaggelder müssten berücksichtigt werden. Der AHV-pflichtige Jahreslohn ist genau definiert. Aus dem Text geht hervor, dass die Abzüge für AHV, IV, Erwerbsersatzordnung, Arbeitslosenversicherung, Nichtbetriebsunfall, Pensionskasse und Krankentaggeld zulasten der Kirchgemeinde gehen sollen. Die Grössenordnung liegt bis zum 22. Lebensjahr bei 10 %. 90 % des AHV-pflichtigen Bruttolohnes werden ausbezahlt. Weshalb bezahlen wir nicht 45 % des AHV-pflichtigen Jahreslohnes aus? Die Berechnung ist dann sehr einfach. Wenn jemand älter als 23 Jahre ist, sind die Pensionskassenbeiträge höher. In der Regel ist die Person aber bereits auf dem Maximalbetrag von Fr. 1'200.-- pro Monat angelangt. Deshalb stelle ich den **Antrag**, Abs. 2 wie folgt zu ergänzen: "An Gemeinden, die für berufsbegleitend Studierende am TDS Aarau Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, werden 45 % des AHV-pflichtigen Jahreslohns, aber höchstens Fr. 15'600.-- pro ganzes Jahr entrichtet." Der Betrag ist 13 Mal gerechnet. Wenn jemand Mitte des Jahres beginnt, wird der Betrag entsprechend gekürzt.

Pfr. Dr. Andreas Gäumann, Steckborn: Wir sprechen hier nicht von einem Lohn, sondern von einem Stipendium. Die Formulierung ist unpassend. Es müsste heissen, dass 50 % des ausbezahlten Stipendiums, max. Fr. 1'200.-- pro Monat entrichtet werden. Einem Stipendium werden keine AHV- oder IV-Beiträge usw. abgezogen, und es ist steuerfrei.

Kirchenratspräsident Pfr. Wilfried Bühler: Hier besteht wirklich eine Unsicherheit, vor allem bei den angehenden Pfarrern. Es entstehen immer wieder Diskussionen, ob es sich bei den Fr. 2'500.--, die sie erhalten, um Stipendien, Goodwill-Beiträge oder Lohn handelt. Die Leute stehen hier in einem Arbeitsverhältnis. Sie haben einen Arbeitsvertrag, ähnlich wie ein Lehrvertrag, der von der Kirchgemeinde erstellt wird. Es ist unser Goodwill, dass wir etwas an die Kosten des Lohnes der Kirchgemeinde bezahlen. Die Kirchgemeinde erhält eine Gegenleistung und verpflichtet sich für eine Leistung. Es stellt sich die Frage, wie wir das Maximum definieren. Ich bin glücklich darüber, dass der Grundsatz unbestritten ist. Das ist das Wichtigste. Es soll uns etwas wert sein und wir sind froh, dass in Aarau der doppelte Abschluss möglich ist. Es freut uns, wenn die Kirchgemeinden die Ressourcen zur Verfügung stellen, um ein Anstellungsverhältnis zu schaffen, damit die Leute die Bedingungen erfüllen können. Es ist richtig, dass die vorliegende Formulierung unpräzise und widersprüchlich ist. Die Formulierung von Eugen Schmitter ist viel präziser. Ich würde sogar die 50 % belassen. So grosszügig dürfen wir sein. Beim Lohn an Personen, die Stellvertretungen für Pfarrer machen, die im Studienurlaub sind, werden die Lohnnebenkosten anteilmässig auch mitvergütet. Die Aussage von Eugen Schmitter, dass die Lohnnebenkosten eingerechnet werden sollen, ist durchaus logisch. Damit ist der Betrag höher als die Fr. 14'400.--, die wir im Kommentar erwähnen. Wenn Eugen Schmitter nichts dagegen hat, würde ich seinen Antrag gerne auf 50 % anpassen.

Pfr. Dr. Andreas Gäumann, Steckborn: Mir ist es unklar, weshalb es sich plötzlich um eine Anstellung mit AHV- und IV-Abzügen handelt. Weshalb wird dies nicht als Praktikumsentschädigung betrachtet? Dort wird nichts abgezogen.

Jürg Luginbühl, Frauenfeld: Wenn ich es richtig verstehe, ist das Anstellungsverhältnis in der jeweiligen Kirchgemeinde. Die Person ist dort angestellt. Deshalb ist es eine Frage der Formulierung. Die Kantonalkirche muss nicht die Kosten übernehmen und einen Lohn bezahlen. Das Votum von Pfr. Dr. Andreas Gäumann geht in die richtige Richtung. Wir müssen nicht per se den Lohn und die Lohnnebenkosten bezahlen. Dies hat nichts mit dem Betrag zu tun, den man entrichten will. Meines Erachtens ist es nicht ein "Lohn".

Synodalpräsident: Ich erlaube mir eine Präzisierung: In Abs. 2 heisst es nicht, dass die Kantonalkirche einen Lohn bezahlt, sondern sie beteiligt sich an den Lohnnebenkosten der Kirchgemeinden.

Eugen Schmitter, Weinfelden: Wir sind in der glücklichen Situation, eine solche Person angestellt zu haben. Die Person studiert zu 50 % in Aarau und arbeitet zu 50 % bei uns. Wir bezahlen nicht das Studium, sondern die 50 % Lohn für das Praktikum, welches die Person bei uns macht. Das ist kein Stipendium an die Schule, sondern der Lohn für den normalen Arbeitsvertrag.

Diakon Hanspeter Rissi, Kreuzlingen: Auch in Kreuzlingen wird eine solche Person beschäftigt. Wie es sich rechtlich verhält, weiss ich nicht. In Kreuzlingen wird die Person zu 50 % angestellt. Wir bestimmen den Lohn und bezahlen diesen. Aus Frauenfeld erhalten wir pro Monat Fr. 1'200.--. Ob der Person pro Monat Fr. 3'000.-- oder Fr. 5'000.-- Lohn ausbezahlt werden, entscheidet Kreuzlingen. Ich verstehe deshalb nicht, ob die AHV etc. einbezogen werden muss. Ich werde mich später nochmals äussern.

Kirchenratspräsident Pfr. Wilfried Bührer: Es tut mir leid, dass wir mit einer nicht ganz ausgereiften Vorlage eine Konfusion verursacht haben. Eugen Schmitter ist auf dem richtigen Weg. Es muss ein Lohn sein, weil die Anstellung berufsbegleitend ist. Die angestellte Person ist zwar noch in einem Lernverhältnis, aber wir finanzieren dieses mit. Ich empfehle, den **Antrag Schmitter** wie folgt **anzupassen**: "An Gemeinden, die für berufsbegleitend Studierende am TDS Aarau Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, werden 50 % des AHV-pflichtigen Jahreslohns, aber höchstens Fr. 15'600.-- pro ganzes Jahr entrichtet." Wir bezahlen maximal 13 Mal Fr. 1'200.-- pro Jahr. Die Lohnnebenkosten bleiben in dieser Formulierung tatsächlich bei der Kirchgemeinde. Wenn die Kosten darunterliegen, bezahlen wir nicht trotzdem Fr. 1'200.--, sondern 50 %. Darüber liegt die Limite bei 13 Mal Fr. 1'200.--.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Abstimmung:

Dem Antrag Schmitter mit der Anpassung des Kirchenrates wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.

Diakon Hanspeter Rissi, Kreuzlingen: Ich bin Mitglied der DDK, der Deutschschweizerischen Diakonatskonferenz. Für den Lehrgang 2016 - 2020 gibt es im Kanton Thurgau zwei Lehrstellen, nämlich in Kreuzlingen und in Weinfelden. Die Lehrstelle in Weinfelden ist besetzt. In Kreuzlingen finden morgen die Anstellungsgespräche statt. Dies würde bedeuten, dass für dieses Jahr zwei Lehrstellen vorhanden sind. Ich denke etwas weiter. Es wäre gut, wenn die Gemeinden nicht nur einzeln denken. Ich bitte alle Gemeinden, gut zuzuhören. Wir sollten im Thurgau für den vierjährigen Lehrgang vier bis fünf Lehrstellen anbieten können. Ich habe bereits eine Anfrage erhalten, ob es möglich ist, nächstes Jahr die Lehre in Kreuzlingen zu machen. Ich musste ablehnen, und ich habe mich gefragt, was ich jetzt machen soll. Wir müssen versuchen, etwas zu koordinieren, damit in unseren Gemeinden in einem Jahr nicht vier Lehrlinge beginnen möchten und in den folgenden drei Jahren keiner die Möglichkeit hat. Das könnte beispielsweise Frauenfeld sein. Schliesslich würde sonst niemand eine Chance erhalten, etwas zu machen. Ich weiss nun aber nicht, wo ich meine Bitte deponieren soll. Aarau ist froh, wenn es mit dem Thurgau über einen guten Lehrlingspartner verfügt.

Pfr. Dr. Andreas Gäumann, Steckborn: Ich verweise auf den Bericht der GPK. Ich habe heute den Eindruck erhalten, dass unser Bericht zu den einzelnen Traktanden übergangen wird. Die GPK hat zu § 16 gefragt, wie die Ausbildungsbeiträge an TDS Studenten finanziert werden sollen, und es interessieren uns die Auswirkungen auf die laufende Rechnung der Landeskirche. Dies wurde einfach übergangen. Muss ich mich künftig immer melden, damit ich eine Antwort erhalte?

Kirchenratspräsident Pfr. Wilfried Bühler: Die Frage der GPK, wie sich dies finanziell auswirken wird, ist berechtigt. Wenn wirklich permanent drei Lehrlinge ausgebildet werden, sind wir bei Fr. 50'000.--. Ich habe aus der Synode immer wieder gehört, dass es gefördert werden soll, dass sich Leute ausbilden lassen. Unter dem Stichwort "Konkordat" sind jährliche Beträge zwischen Fr. 150'000.-- und Fr. 200'000.-- budgetiert. Natürlich werden die Beiträge die Rechnung in Zukunft belasten, aber es muss es uns wert sein.

Andreas Winkler, Frauenfeld: Frauenfeld wurde fast etwas herausgefordert, einen Lehrlingsplatz anzubieten. Ich bin zwar nicht mehr Kirchgemeindepräsident, deshalb kann ich nichts versprechen. Wir haben aber bereits einen Lehrling ausgebildet, als es die TDS noch gar nicht gab. Ich möchte damit sagen, dass Frauenfeld bereits etwas gemacht hat. Wir werden für die Ausbildung allerdings nicht Fr. 15'600.-- erhalten. Meines Erachtens ist es eine gute Sache, die Ausbildung so anzubieten. Als wir die Person ausgebildet hatten, mussten wir Geld in ein separates "Kässeli" einbezahlen, damit wir sehen konnten, was geschehen würde, wenn wir im dritten Jahr plötzlich kein Geld mehr hätten. Zum Glück kam es nicht so weit. Die Verordnungsvorlage ist sehr gut. Frauenfeld wird sich sicher in einer Art und Weise wieder beteiligen.
Diskussion - **nicht weiter benützt.**

9. Reiseentschädigung § 17

Diskussion - **nicht benützt.**

§ 18

Ruedi Keller, Berg: In § 18 geht es unter anderem um Reiseentschädigungen bei ausserkantonalen Verpflichtungen. Meines Erachtens ist der Begriff "ausserkantonal" unglücklich gewählt. Ich möchte dies anhand eines Beispiels erläutern: Wenn eine Person in Arbon wohnt und eine Verpflichtung in St. Gallen hat, ist diese ausserkantonal. Die Person hat Anrecht auf Übernachtung und Verpflegung. Anders sieht es aus, wenn die Person in Diessenhofen wohnt. Ich verwende dabei absichtlich "extreme" Orte, um mein Anliegen klar zu machen. Eine Übernachtung wäre für die Person aus Diessenhofen gerechtfertigt. Bei der vorliegenden Version haben alle Anspruch auf eine Übernachtung und Verpflegung. Deshalb möchte ich den Begriff "ausserkantonal" ersetzen. Ich stelle den **Antrag**, dass § 18 Abs. 1 wie folgt lautet: "Bei Verpflichtungen, die eine Rückkehr gleichentags verunmöglichen, werden für Unterkunft und Verpflegung ausgerichtet." Damit ist es möglich, dass jemandem, der in Arbon wohnt und in St. Gallen eine Verpflichtung hat, die erst um 00.00 Uhr endet, eine Heimkehr verunmöglicht ist.

Kirchenratspräsident Pfr. Wilfried Bühler: Ich möchte dazu sagen, dass die Entschädigung nicht ausgenützt wird. Es übernachtet niemand zulasten der Landeskirche. Die betreffende Person muss auch eine Quittung für die Übernachtung vorweisen. Die Entschädigung wird nicht einfach so ausbezahlt. Den Ausdruck "ausserkantonale Verpflichtungen" kann man etwas in Frage stellen. Ich stelle den **Antrag**, dass § 18 Abs. 1 wie folgt lautet: "Bei Verpflichtungen, die eine auswärtige Übernachtung bedingen,"

Ruedi Keller, Berg: Ich kann mich mit dem Vorschlag des Kirchenratspräsidenten einverstanden erklären und **ziehe** meinen Antrag **zurück**. Ich möchte aber, dass der Paragraph geändert und "ausserkantonal" gestrichen wird.
Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Abstimmung:

Dem angepassten Antrag des Kirchenrates wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.

10. Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 19

Diskussion - **nicht benützt.**

§ 20

Diskussion - **nicht benützt.**

BESCHLUSSFASSUNG:

Die bereinigte "Revision Entschädigungsverordnung" wird mit grosser Mehrheit genehmigt.

TRAKTANDUM 10**GESPRÄCHSSYNODE****BOTSCHAFT UND ANTRAG DES SYNODALBÜROS****Eintreten**

Diskussion - **nicht benützt.**

Eintreten wird stillschweigend **genehmigt.**

Detailberatung

Synodalpräsident: Den Zwischenbericht und die Anträge des Synodalebüros haben Sie auf einem separaten Blatt erhalten. Dort kann nachgelesen werden, was seit der letzten Synode weiter geschehen ist. Die bisher informelle Arbeitsgruppe soll von der Synode einen klar definierten Auftrag erhalten. Zudem sollen die Personen, die sich freiwillig gemeldet haben, ein Mandat erhalten. Die Vorbereitungsgruppe hat bereits zwei Sitzungstermine festgelegt. Im November soll der Synode ein ausgearbeitetes Konzept vorgelegt werden.

Thomas Pfister, Amriswil-Sommeri: Wenn man in der Kirchenverfassung nachsieht, was die Aufgaben der Synode sind, findet man vier Themen: Erlass von Verordnungen, Wahlen, Schaffung von Ämtern und Stellen sowie Genehmigung von Jahresberichten, Budget und Rechnung. Die Zielsetzung, Visionen und Strategiewerk, ist meines Erachtens keine klassische Aufgabe eines Parlaments. Es ist nicht effizient, mit 125 Personen eine solche Arbeit machen zu wollen. Es ist eine klare Aufgabe der Exekutive. Der Kirchenrat muss federführend sein. Er kann Synodale beiziehen, so viele er will, und er kann Kommissionen bilden. Der Kirchenrat, der die Landeskirche gemäss Verfassung nach aussen vertritt, muss bei einem solchen Prozess federführend sein. Wenn wir der Meinung sind, dass wir Visionen brauchen, und darüber können wir diskutieren, müssten wir dem Kirchenrat den Auftrag erteilen. Dies ist heute allerdings nicht möglich, weil das Geschäft nicht traktandiert ist. Meines Erachtens ist die Synode das falsche Gremium, um eine Vision für unsere Kirche zu erarbeiten. Die Erarbeitung der Kirchenordnung hat zehn Jahre gedauert. Eine Vision ist viel umfassender, und man kann über noch viel mehr diskutieren. Ich glaube nicht, dass es sich hierbei um ein Thema handelt, das in einem solchen grossen Gremium angegangen werden soll. Ich empfehle, die Anträge des Büros abzulehnen. Es soll keine Arbeitsgruppe gebildet werden und sie soll auch keinen Auftrag erhalten.

Susanna Dschulnigg, Kreuzlingen: In der Kirchenverfassung heisst es in § 63: "Die Synode trägt die Verantwortung für das Leben der Landeskirche." Meines Erachtens beinhaltet das Leben der Landeskirche auch strategische Ziele. Die Visionen, wohin eine Landeskirche geht, kann man nicht nur dem Kirchenrat überlassen. Der Kirchenrat hat seine exekutiven Funktionen: Er ist Aufsichts-, Vollziehungs- und Verwaltungsbehörde, und er trägt der Einheit der Kirche nach innen und aussen Sorge. Es stimmt, dass da sehr viel Strategie dabei ist. Als Synodale möchte ich mir das Recht nicht nehmen lassen, auch im strategischen Bereich mitarbeiten und Visionen formulieren zu können. Ich gebe Thomas Pfister dahingehend recht, dass es nicht ausufern darf. Ich möchte nicht vier Jahre träumen. Wenn die Synodalen unser Arbeitspapier lesen, sehen sie, dass dies nicht unser Ziel ist. Der Beratung des Jahresberichtes ist zu entnehmen, dass die Kirchgemeinden Fragen haben. Wo können wir solche Fragen aufnehmen? Wir könnten diese in Gruppen besprechen. Wir kennen einander nicht. Wir wissen nicht, welche Probleme die Kirchgemeinden untereinander haben. Wir sitzen hier und arbeiten Traktanden ab. Ich freue mich auf eine Gesprächssynode, in der auch einmal andere Themen angesprochen werden können.

Urs Brauchli, Tägerwilen-Gottlieben: Ist die Gesprächssynode öffentlich oder nicht? Ich bin der Meinung, dass wir unter uns sind. Andere Synodale sind der Meinung, dass sie öffentlich ist, weil wir die Synode sind. Wir müssen das nun klären. Meines Erachtens kann man nicht sprechen, wie einem der Schnabel gewachsen ist, wenn die Gesprächssynode öffentlich ist. Man ist gehemmt und vorsichtig, deshalb sollten wir die Gesprächssynode unter uns abhandeln.

Synodalpräsident: Die Bestimmungen im Geschäftsreglement zur Gesprächssynode sind äusserst knapp. Es fand zudem noch keine solche statt. Wir gehen davon aus, dass grundsätzlich bezüglich Öffentlichkeit dieselben Bestimmungen gelten wie bei einer ordentlichen Synode. Wir könnten uns überlegen, keine Medienvertretungen zu erlauben. Zur Mitarbeit eingeladen sind die Synodalen und die Mitglieder des Kirchenrates.

Pfr. Markus Aeschlimann, Frauenfeld: Unter dem Stichwort "Gestaltung" heisst es im Zwischenbericht: "Die Vorbereitungsgruppe möchte bewusst darauf verzichten, thematisch vorzuspüren." Wie müssen wir uns das vorstellen? Es gibt viele Themen, die zur Sprache kommen können. Ist das zielführend? Ich finde den Gedanken von Susanna Dschulnigg sehr gut, sich vorbereitend zu überlegen, welche Fragen die Kirchgemeinden haben. Es wäre sicher hilfreich, gewisse Strukturierungen, wie beispielsweise welche Fragen in den Kirchgemeinden "brennen", vorzugeben, damit man diese in der Gesprächssynode favorisieren kann. Wie stellt sich dies die Vorbereitungsgruppe vor?

Synodalpräsident: Massgebend ist das, was unter dem Titel "Zielsetzung" aufgeführt wird. Wir haben darüber diskutiert, ob für diesen Tag ein Referat, ein Impuls oder Thesen zum Voraus geplant werden sollen. Wir kamen zum Schluss, dass wir dies nicht wollen. Die Synodalen, die den Puls ihrer Kirchgemeinde aus eigener Erfahrung kennen, bringen die Themen mit, soweit diese unter dem relativ weit gefassten Konzept sind. Wir werden in der Vorbereitung natürlich dank den Hinweisen aus den Amtsberichten noch versuchen, zu fokussieren. Wir möchten im Vorfeld so wenig wie möglich ausklammern oder Signale geben, in welche Richtung wir wollen. Die Synodalen sollen dies als Teilnehmer an einem solchen Tag zusammen erarbeiten. Dies bestätigen auch die Erfahrungen anderer Synoden.

Heike Aus der Au, Märstetten: Meines Erachtens ist es wichtig, dass wir uns im Voraus genügend Gedanken darüber machen. Wenn wir unsere Ideen erst an die Gesprächssynode mitbringen, wird es etwas uferlos. Ich empfehle, dass wir der Arbeitsgruppe unsere Ideen im Voraus abgeben. Die Arbeitsgruppe kann die Ideen sortieren, damit Diskussionsgruppen zusammengestellt werden können.

Synodalpräsident: Bis im November wird das Konzept verfeinert, sofern die Synode die Anträge des Synodalebüros gutheisst. Zwischen November 2016 und August 2017 wird weiter gearbeitet. Dann sind Inputs und Impulse sicher sehr gefragt. Wir möchten, dass am Tag der Gesprächssynode selbst noch grosse Freiräume vorhanden sind. Wir sind davon überzeugt, dass wir nicht in Verlegenheit geraten, weil wir nicht wissen, worüber wir sprechen sollen.

Susanna Müller, Leutmerken: Ich stelle mich zur Verfügung, in dieser Arbeitsgruppe mitzuarbeiten. Ein Besuch der Website der Synode Bern-Jura-Solothurn lohnt sich. Es ist sehr interessant zu erfahren, was diese bereits erschaffen hat. Aus der Bevölkerung wurden über 1'000 Fragen zu "Vision Kirche 21" gesammelt. Alle sind auf der Homepage ersichtlich. Sie werden ausgewertet und weiter verarbeitet. Es ist das Ziel, den wichtigsten Teil beantworten zu können. Wir kennen es alle, dass wir oft damit konfrontiert werden, was wir in der Kirche wollen. Ich möchte darauf gar nicht eingehen. Es gibt zu viele Fragen, die man beantworten sollte.

Susanna Dschulnigg, Kreuzlingen: Die Gesprächssynode liegt mir am Herzen. Es soll den Synodalen bewusst sein, dass sie der Arbeitsgruppe heute den Auftrag erteilen, weiter zu arbeiten, sich zu überlegen, welche Themenfelder bearbeitet werden sollen und ein Konzept zu erarbeiten. Wir haben noch kein fertiges Konzept parat. Die Arbeitsgruppe schlägt nicht zehn Thesen vor, sondern sie will Fragen aus den Kirchgemeinden aufnehmen. Im November, wenn das Konzept vorliegt, kann die Synode dazu ja oder nein sagen.

Pfr. Harald Ratheiser, Arbon: Ich unterstütze das Votum von Thomas Pfister. Im Zwischenbericht des Synodalebüros heisst es unter "Zielsetzung": "Die Gesprächssynode soll uns helfen, den Kurs des Schiffes 'Evangelische Thurgauer Kirche' zu besprechen, zu klären und so zu beschreiben, dass er für unsere synodale Arbeit zukunftsweisend ist und Basis für immer wieder neue Kursanpassungen sein kann." Meines Erachtens benötigen wir nicht für die Arbeit der Synode, sondern für die Arbeit der Kirchgemeinden eine Vision. Im Kanton St. Gallen wurde ein solcher Prozess unter dem Titel "nahe bei Gott - nahe bei den Menschen" in Gang gesetzt. Der Prozess dauerte mehrere Jahre und ging von der Exekutive aus, mit den Kirchgemeinden zusammen. Meines Erachtens ist das der richtige Weg. Wir benötigen eine Vision als Kirchgemeinde und als Kantonalkirche.

Synodalpräsident: In unserem Zwischenbericht heisst es: "... den Kurs des Schiffes 'Evangelische Thurgauer Kirche'" Damit sind die Kirchgemeinden und die Kantonalkirche gemeint. Wir möchten aber auch als Synode unseren synodalen Anteil in der Arbeit anschauen, selbstverständlich mit der Perspektive und dem Einbezug von alledem, was zur Thurgauer Kirche dazugehört.

Ruedi Keller, Berg: In unserer Vorsynode ist die Frage nach den Kosten aufgetaucht. Mit der Gesprächssynode machen wir uns auf die Reise und auf einen Weg. Keiner unternimmt eine Reise, ohne vorher die Kosten abzuklären. Wie ich nun gehört habe, hat St. Gallen Erfahrungen mit einer Gesprächssynode gemacht. Kann man zu den Kosten bereits etwas sagen? Falls dem nicht so ist, erwarte ich im November eine Antwort auf die Frage.

Synodalpräsident: Damit wird eine offene Tür eingerannt. Es ist völlig klar, dass wir dies abklären werden. Einen Anhaltspunkt gibt die Rechnung, welche bei so genannten normalen Synoden mit Kosten von ca. Fr. 35'000.-- bis Fr. 40'000.-- rechnet. Wir gehen davon aus, dass es mehr, aber nicht massiv mehr kosten wird, weil wir in der Kartause tagen wollen. Im Rahmen der Budgetberatungen 2017 im November werden wir nochmals darauf zu sprechen kommen.

Pfr. Paul Wellauer, Bischofszell-Hauptwil: Ich möchte den Bogen noch weiter schlagen. Nächstes Jahr beginnen die Feierlichkeiten zu "500 Jahre Reformation". Wir dürfen und sollen uns auf allen Ebenen damit beschäftigen. Natürlich gibt es nächstes Jahr in der Schweiz noch nicht sehr viel zu feiern. Als Pfarrkapitel haben wir Zürich besucht. Dort wurde uns gesagt, dass der

richtige Termin eigentlich am 1. Januar 2019 ist. 1519 habe Huldrych Zwingli mit der fortwährenden Auslegung des Neuen Testaments begonnen. In der Geschichte Bischofszells habe ich nachgelesen, dass wir erst 1529 reformiert wurden. Es tut uns gut, auf Gemeindeebene zu schauen, was es zu feiern gibt. Auf Kirchenebene ist der Kirchentag bereits geplant. Es tut auch der Synode gut, sich Gedanken zu machen. Wir steuern das Schiff mit. Wir sind die Legislative. Wir dürfen uns zurückbesinnen, was es heisst, reformierte Kirche zu sein. An diesem Prozess möchte ich mich gerne auf jeder Ebene beteiligen. Wie wir gehört haben, hat die St. Galler Kirche daraus einen fortwährenden Prozess gemacht. Dort findet alle zwei oder drei Jahre eine Aussprachesynode statt. Die Synode Bern-Jura-Solothurn hat einmalig einen dreijährigen Prozess daraus gemacht. Das muss bei uns nicht so sein. Wir sollten uns aber die Chance geben, während eines Tages nicht nur die fünf, sechs oder sieben gleichen Redner am Pult zu haben, sondern alle 125 Mitglieder miteinander am Tisch ins Gespräch zu kommen. Das sollte es uns im Jahr der Reformation wert sein, dass wir uns miteinander über die grundlegenden Themen unseres Reformiert-Seins und die Zukunft unserer Kirche auseinandersetzen. Ich würde mich freuen, den Prozess weiterführen zu können, und ich hoffe, dass die Synode uns das Vertrauen schenkt, weiterzumachen.

Judith Hübscher Stettler, Gachnang: Ich spüre eine gewisse Skepsis. Ich möchte Ihnen Mut machen. Die Synode sagt heute noch nicht grundsätzlich zu einer Gesprächssynode ja. Es wird heute der Auftrag erteilt, dass die Arbeitsgruppe ein konkretes Konzept mit einem Budget erarbeiten kann. Die Mitglieder der Synode haben im November 2016 noch einmal die Möglichkeit, darüber zu befinden. Den Votanten gegen die Gesprächssynode möchte ich die Gegenfrage stellen: Wer ist die Evangelische Landeskirche Thurgau? Sind das nicht wir? Wir sind doch alle von unserer Kirchgemeinde in die Synode delegiert.

Anneliese Klarer, Amriswil-Sommeri: Auf Seite 19 des Jahresberichtes schreibt der Kirchenrat über die "Kirchenentwicklung - nach innen und nach aussen". Meines Erachtens listet er für die 2. Hälfte 2016 die Themen in Hearings auf. Oder sehe ich das falsch? Damit meine ich jene Fragen, die an der Vorsynode "brennen".

Kirchenratspräsident Pfr. Wilfried Bühner: Das ist richtig und beabsichtigt. Dies hängt vor allem mit der Frage zusammen, welches in Zukunft die grössten Notwendigkeiten in Sachen "Stellen" sein werden. Wir werden beim nächsten Traktandum darauf zu sprechen kommen. Es muss sich nicht widersprechen. Wir werden die Hearings protokollarisch festhalten. Sie können allenfalls als Grundlage für die Gesprächssynode 2017 dienen. Der Kirchenrat hält sich ganz bewusst aus der Diskussion über die Gesprächssynode heraus.

Roland Gahlinger, Aadorf-Aawangen: Es wird von anderen Landeskirchen gesprochen, die bereits eine Gesprächssynode durchgeführt haben. Es wurde die Synode Bern-Jura-Solothurn erwähnt. Diese hat elf Konferenzen mit 800 Kirchenleuten durchgeführt und 5'748 Fragen aufgelistet. Man muss sich den Umfang vorstellen, der auf uns zukommt. Meines Erachtens muss man ein solches Vorhaben mit Vorsicht angehen. Das Schreiben über die Arbeitsgruppe sagt nichts aus. Mir ist es zu wenig konkret. Ich frage mich, was geschieht, wenn 6'000 Fragen auftauchen.

Synodalpräsident: Es ist uns völlig bewusst, dass jetzt noch nichts konkret ist. Wir wollten die Synode so intensiv wie möglich am Entscheidungsprozess beteiligen. Das Büro hätte der Synode im November das fertige Konzept einfach vorlegen können. Das wollten wir aber nicht. Die Synode kann heute die Notbremse ziehen. Wenn sie der Meinung ist, dass wir etwas Brauchbares weiter ausarbeiten sollen, freut es uns. Im November besteht dann die Möglichkeit, über das konkrete Konzept noch einmal zu diskutieren.

Susanna Müller, Leutmerken: Roland Gahlinger hat von 6'000 Fragen gesprochen, die bei uns auftauchen könnten. Es versteht sich von selbst, dass sich viele Fragen wiederholen oder in

denselben Topf sortiert werden können. Gerade deshalb braucht es die Gruppe, die aussortiert, damit die Übersicht über wichtige Fragen erstellt werden kann.

Peter Sauder, Warth-Weiningen: Ich plädiere für die Gesprächssynode. Der Kirchenrat, der aus wenigen Mitgliedern besteht, kann unmöglich alle Gemeinden vertreten. Wir sind als Vertreter unserer Kirchgemeinden gewählt. Es wäre allerdings übertrieben, aus den Gemeinden noch Zukunftsvertreter zu wählen. In unserer Politischen Gemeinde hat der Gemeinderat an die gesamte Gemeinde die Frage gestellt, wohin die Gemeinde gehen soll. Es haben sehr viele Leute am Anlass teilgenommen, über viele Themen diskutiert, und es wurden viele Fragen gestellt. Der Gemeinderat hat die Themen und Fragen mit verschiedenen Gruppen sortiert. Es ist klar, dass nicht jeder einzelne Wunsch und jede einzelne Frage, sicher aber die wichtigsten beantwortet werden. Das sind jene, die immer und überall wieder vorkommen und die man bündeln kann. Da müssen wir nicht alle dabei sein. Dafür ist eine Arbeitsgruppe geeignet. Dort können dann auch andere Personen aus den Kirchgemeinden mitarbeiten. Für das Sammeln und Auflisten ist eine Gesprächssynode durchaus geeignet.

Beat Nef, Neukirch an der Thur: Ich stelle den **Ordnungsantrag**, die Diskussionen abzubrechen. Wir haben uns lange genug über das Geschäft ausgetauscht.

Elisabeth Brunner, Langrickenbach-Birwinken: Meines Erachtens ist vieles noch sehr unklar. Ich schlage vor, dass wir nicht über das Geschäft abstimmen. Die Arbeitsgruppe soll die zwei geplanten Sitzungen durchführen und das Konzept ausarbeiten, damit wir im November darüber abstimmen können.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Abstimmung:

Dem Ordnungsantrag Nef wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.

Synodalpräsident: Das Synodalbüro stellt der Synode zwei Anträge:

1. Für die Arbeitsgruppe sind folgende Personen (in alphabetischer Reihenfolge) vorgeschlagen:

- Pfr. Jakob Bösch, Eschlikon (Synodalpräsident)
- Elisabeth Brunner, Mattwil
- Susanna Dschulnigg, Kreuzlingen
- Susanna Müller, Leutmerken
- Hans Peter Niederhäuser, Weinfelden (Synodalbüro)
- Bernadette Oberholzer, tecum
- Diakon Hanspeter Rissi, Kreuzlingen
- Pfr. Paul Wellauer, Bischofszell
- Roland Ziegler, Matzingen

2. Die Arbeitsgruppe erhält den Auftrag, aufgrund des Entwurfs ein Konzept für die Gesprächssynode mit Angaben zu Thematik, Arbeitsweise, Zielsetzung, Moderation und Kosten zu entwickeln und der Synode im November 2016 zum Beschluss vorzulegen.

BESCHLUSSFASSUNG:

- Die aufgeführten Personen werden in globo mit grosser Mehrheit in die Arbeitsgruppe "Gesprächssynode 2017" gewählt.
- Dem Auftrag an die Arbeitsgruppe "Gesprächssynode 2017", wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.

Synodalpräsident: Namens der bisherigen Vorbereitungsgruppe und des Büros danke ich Ihnen herzlich für das Vertrauen. Es ist mir persönlich ein wichtiges Anliegen. Fühlen Sie sich frei, im November zum Konzept ja oder nein zu sagen.

TRAKTANDUM 11

MOTION HP NIEDERHÄUSER (UND 10 MITUNTERZEICHNER) BETR. "SCHAFFUNG EINER OEME-FACHSTELLE"

Eintreten

Diskussion - **nicht benützt.**

Eintreten wird stillschweigend **genehmigt.**

Beantwortung

Synodalpräsident: Der Antrag des Motionärs ist im Synodalamtsblatt auf den Seiten 15 bis 17 abgedruckt. Die Antwort des Kirchenrates liegt schriftlich vor und ist ebenfalls im Synodalamtsblatt auf den Seiten 17 bis 19 abgedruckt. Ich eröffne die Diskussion. Das Wort hat zuerst der Motionär.

Diskussion

Hans Peter Niederhäuser, Weinfelden: An der letzten Synode im November 2015 haben wir die Antwort des Kirchenrates auf die Interpellation betreffend OeME von Frank Sachweh zur Kenntnis genommen und darüber diskutiert. Da der Kirchenrat die damalige Interpellationsantwort als integrierenden Bestandteil der jetzigen Motionsantwort betrachtet, scheint es mir wichtig, dass wir uns diese Diskussion von damals nochmals ins Gedächtnis rufen: Sämtliche Votanten haben das Anliegen unterstützt. Pfr. Markus Aeschlimann plädierte für ein gross angelegtes Gefäss mit einer engagierten Fachperson und Fachstellen. Pfr. Peter Kuster wies auf die notwendige Verbindung von richtigen Strukturen und Fachqualifikation hin, die auch in anderen Bereichen wie der Palliative Care zum Erfolg geführt haben. Pfr. Jakob Bösch nannte die Situation ohne OeME-Stelle ein brach liegendes Potenzial und eine verpasste Chance. Monica Ferrari wünschte sich ein mutiges Zeichen und sah auch das finanzielle Potenzial bei einer Kirche, die so viel in Gebäude investiert. Diakon Roland Pöschl fand es wichtig, dass jemand zuständig ist, weil die Landeskirche mit einer Fachstelle besser wahrgenommen werden könne. Und Diakon Hanspeter Rissi erkannte in einer Fachstelle die Möglichkeit, dass die notwendigen Auseinandersetzungen auch mit unangenehmen Themen geführt werden. Dies alles ist im Protokoll nachzulesen. Einzig der Kirchenratspräsident betrachtete es angesichts dieser Voten als seine Aufgabe, die Erwartungen der Synode hinsichtlich dessen, was man mit einer kantonalkirchlichen Stelle bewirken könne, zu bremsen. Mich haben aber gerade all diese Stellungnahmen, denen übrigens aus der Synode nicht widersprochen wurde, ermutigt, wenn nicht geradezu verpflichtet, die Einreichung einer Motion zu wagen. Nun liegt die Antwort des Kirchenrates auf diese Motion vor - mit dem Antrag, sie nicht erheblich zu erklären. Sie haben sie lesen können. Ich danke dem Kirchenrat - nicht für den Antrag auf Nichterheblicherklärung - aber dafür, dass

er sich die Antwort nicht leicht gemacht, sich mit dem Anliegen nochmals intensiv befasst hat und deutlich zeigt, dass er sich in der ganzen Frage durchaus hat in Bewegung setzen lassen. Er gesteht in seiner Antwort beispielsweise ein, dass § 5 der "Verordnung über Ökumene, Mission, Diakonie und Entwicklungszusammenarbeit" (KGS 10.1) inkonsistent ist. Darauf weist auch die Motion hin. Denn auf der einen Seite wird die Zusammengehörigkeit aller Bereiche postuliert - was absolut auch meine Meinung ist - indem von OeMDE gesprochen wird; und dann wird nur im Bereich der Diakonie die Schaffung von Stellen vorgesehen. Das ist an sich ein Widerspruch. Es freut mich, dass der Kirchenrat in seiner Antwort sogar eine mögliche Änderung gerade des § 5 in Aussicht stellt. Der Kirchenrat denkt offensichtlich laut darüber nach, dass bei der Schaffung des zweiten Teils der Diakoniestelle Anliegen der Motion einbezogen werden könnten. Auch das habe ich natürlich mit Freude zur Kenntnis genommen. Ebenso wird aus der Antwort deutlich, dass sich der Kirchenrat in seinem weiteren Vorgehen in keiner Weise festlegen lassen möchte. Dafür habe ich durchaus ein gewisses Verständnis. Es ist auch nicht die Absicht der Motion, dem Kirchenrat ein Korsett anzulegen, sondern vielmehr eine Stossrichtung vorzugeben. Das ist mir sehr wichtig. Es ist nicht das Ziel der Motionäre, unpragmatische Trennungen vorzunehmen. Vielmehr ist es uns ein Anliegen, im ganzen tatsächlich zusammengehörigen Komplex von Diakonie, Ökumene, Mission, Entwicklungszusammenarbeit, Migrationsarbeit und interreligiösem Dialog nicht wichtige Themen- und Verantwortungsaspekte untergehen zu lassen. Diese Gefahr besteht, wenn man glaubt, es könne alles durch Kommissionsarbeit geleistet werden und wenn der Kirchenrat seine Aufgaben zu sehr im operativen Geschäft, wie etwa der Leitung von Kommissionen, sieht. Mit der jetzigen Lösung ist die Gefahr gross, dass gerade die unangenehmen Themen grossräumig umfahren werden. Das Beispiel "Entwicklungszusammenarbeit" können Sie übrigens im Jahresbericht auf Seite 21 selbst nachlesen. Auf sechs Zeilen erfährt man, dass sich hier niemand die Finger verbrennen möchte. Da fällt eine Kirchenrätin als Kommissionspräsidentin aus - und es geht nichts mehr. Die Gefahr, dass wir als kantonale Landeskirche in brennenden Fragen unsere prophetische Verantwortung nur unzureichend wahrnehmen, kann nur gebannt werden, wenn zwei wesentliche Postulate der Motion erfüllt werden: 1. Es ist notwendig, dass zentrale Koordinationsaufgaben innerhalb der Kantonalkirche und über den Kanton hinaus in all diesen Fragen um OeMDE und mehr an eine Fachstelle angebunden sind. 2. Es ist unabdingbar, dass eine solche Stelle, wenn sie denn geschaffen wird, mit einem offenen, engagierten und auch ein Stück weit vom Kirchenrat unabhängigen Geh-Profil versehen ist. Einem Profil, welches sie beauftragt, eigenständig auch unbequeme Fragen aufzuwerfen, in der Kantonalkirche zu thematisieren und in die Kirchgemeinden hineinzutragen, dort, wo sie aufgenommen werden. Wie nun eine solche von der Motion geforderte Fachstelle ausgestaltet wird, wie viel sie in welchem der genannten Bereiche, wie in § 5 genannt, verantwortlich sein soll, aber auch die durch die Aktualität neu hinzugekommenen Bereiche miteinander verknüpft werden sollen, inwiefern sie als OeMDE-Stelle in Personalunion von einer Person wahrgenommen werden kann und soll - all das möchte die Motion nicht festlegen, sondern dem Kirchenrat überlassen, wenn er Bericht und Antrag zur Schaffung einer Stelle in der nächsten Synode vorlegt. Die Motion möchte den Kirchenrat nicht in seinem angedachten Lösungsweg behindern. Sie möchte aber verhindern, dass nicht genau die den Motionären wichtigen Aspekte wieder unter den Tisch fallen. Es ist mir ein Anliegen, den Kirchenrat in seinem angedachten Weg wirklich zu unterstützen, ihn aber gleichzeitig in die Pflicht zu nehmen. Ich bin fest davon überzeugt, dass auf diesem Weg das zustande kommen wird, was der Kirchenrat bereits in der Verordnung 10.1 zu erkennen glaubt - nämlich eine "zukunftsweisende Optik". In diesem Sinne bitte ich Sie, die Motion nicht für dringlich, aber erheblich zu erklären. Das gibt dem Kirchenrat die Gelegenheit, unsere Anliegen in seine angedachten Lösungen mit einzubeziehen.

Roland Zuberbühler, Sirmach: Ich bitte Sie, die Motion erheblich zu erklären. Wie wir wissen, verändert sich die Welt rasant. Seit der Behandlung der Interpellation an der letzten Synode haben die interreligiösen Konflikte, die Christenverfolgungen und die Migrationsprobleme zugenommen. Die christlichen Werte sind im Wandel, sie sind bedroht. Wir sind als Kantonalkirche und als Kirchgemeinden in hohem Mass betroffen - mehr denn je. Wir brauchen nicht nur ein

persönliches, sondern in dieser Angelegenheit ein strukturelles Engagement. Dies kann unsere Landeskirche bieten, wenn wir ein Augenmerk darauf legen, das grösser ist als nur die persönliche Sicht. Wenn wir wieder eine solche Stelle schaffen, denn es gab einmal eine solche, gibt es gute Gewähr dafür, dass eine Persönlichkeit, eine Stelle, sich laufend mit den dringenden Problemen beschäftigt, uns orientiert, berät und uns Möglichkeiten für Handlungen aufzeigt.

Pfr. Guido Hemmeler, Altnau: Selbstverständlich sind Ökumene, Mission und Entwicklungsarbeit (ÖME) sehr wichtig. Das ist keine Frage. Wenn wir einen Suppen-Zmittag-Gottesdienst mit dem Thema "Hilfe für Spitäler in Ghana" planen, muss jemand anwesend sein, der darüber erzählen kann. Das kann nicht ich, sondern es muss jemand sein, der in Ghana tätig ist und neueste Neuigkeiten berichten kann. Die entscheidende Frage liegt darin, ob es dazu eine Fachstelle benötigt. Ich bezweifle das. Als Pfarrer kann ich heute ohne Probleme mit den verschiedenen Missions- und Entwicklungswerken Kontakt aufnehmen und Referenten beiziehen. Ich sehe nicht ein, wofür eine Fachstelle benötigt wird. Umgekehrt möchte ich zu bedenken geben, dass viele Landeskirchen finanziell in zwei Bereichen leiden. Das möchte ich betonen. Zum einen ist es die zu starke Verflechtung der Landeskirche und des jeweiligen Kantons - uns im Thurgau betrifft es nicht - wie dies in Bern, Zürich oder dramatisch im Waadtland der Fall ist. Dort wurden Pfarrpersonen einfach entlassen. Derzeit ist in Lausanne ein Pfarrer in den Hungerstreik getreten. Zum anderen leiden die Landeskirchen unter der Schaffung der Fachstellen, weil diese im Laufe der Zeit finanziell sehr zu Buche schlagen. Ich bin für eine schlanke Verwaltung. Die Thematik ist wichtig, aber es braucht keine Fachstelle.

Bernhard Rieder, Frauenfeld: Ich schliesse mich dem Votum meines Vorredners an. Ich weise darauf hin, dass wir an der letzten Synode in Traktandum 10 über "Stellen im Bereich Diakonie" diskutiert haben. Dort kam zum Ausdruck, dass noch etwas Luft nach oben offen ist. Ich empfehle, dem Vorschlag des Kirchenrates zu folgen, die Fachstelle Diakonie "D" um "ÖME" mit den bestehenden Ressourcen zu ergänzen. Manchmal ist es sinnvoll, mit wenigen Ressourcen zu beginnen und sich dann zu überlegen, was weiter möglich ist. Man hat die besseren Ideen, als wenn der "Speckgürtel" schon zu gross ist. Ich bitte Sie, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Diakon Hanspeter Rissi, Kreuzlingen: Vom Sommer 2000 bis 2005 war ich für "mission 21" im Einsatz. Dieser war sehr bereichernd für mich - einfach genial. Ich durfte erleben, wie Kirche verbindend ist - rund um die Welt - einmalig und gigantisch. Keine andere Firma ist so global verbunden wie die Kirche. Jede Missionsgesellschaft ist froh, wenn ihre Mitarbeiter auch die Sponsoren und ihre Freunde mitbringen, die das Projekt mittragen und unterstützen. In der Gemeinde geschieht der wichtigste Teil, was ÖME betrifft. Dort kann das Projekt vorgestellt werden, und es gibt Unterstützung oder auch nicht. Eine kantonale ÖME-Stelle kann die Gemeinde auf Projekte und Bedürfnisse hinweisen, begleiten, beraten und unterstützen, weil sehr viele private Projekte bestehen und es schwer wurde, zu unterscheiden, was wirklich nachhaltig ist und wo es Fragezeichen gibt. Auf nationaler Ebene gibt es "Brot für alle" und "HEKS", das Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz, welche die Aufgaben wahrnehmen. Meines Erachtens ist die Aufgabenteilung national, kantonal und bei der Gemeinde, sehr gut. Szenenwechsel: Letzten Freitag war ich im Empfangs- und Verfahrenszentrum Kreuzlingen (EVZ). Die Betreuung hat mir über einen 16-jährigen Jugendlichen berichtet. Er leistete in Eritrea Militärdienst und wurde nach Hause gerufen, weil seine Mutter krank war. Als er nach Hause kam, war die Mutter bereits verstorben. Der Vater ist im Gefängnis. Ob er noch lebt, wissen wir nicht. Wegen des Militärdienstes flüchtete der Jugendliche mit drei Kollegen und einer Tante. In Libyen erleiden sie einen Autounfall, bei dem die drei Kollegen sterben. Sie liegen nun irgendwo unter dem Sand. Der Jugendliche wird im Spital von der Tante gepflegt. Anschliessend folgt die Überfahrt nach Italien. Die Tante stirbt, weil das Boot sinkt. Der Jugendliche wird gerettet. Schluchzend und zitternd erzählt er mir seine Geschichte, die ihn nachts nicht mehr schlafen lässt. Ich habe den Jugendlichen nach einem Wunsch gefragt. Er hat eine Cousine, die in der Schweiz lebt. Er möchte diese gerne besuchen. Doch Minderjährigen ist dies derzeit in der

Schweiz nicht erlaubt. Die Cousine wohnt in Sitterdorf, und beide sind übrigens Christen. Sie habe ihm versprochen, alles in Bewegung zu setzen, damit er sie besuchen könne. Wenn eine solche Person im Kanton lebt, kommt das "D", Diakonie, ins Spiel, auf welches der Kirchenrat ganz bewusst hinweist. Wer hört dem Jugendlichen zu? Mir ist es wichtig, zur Motion ja zu sagen, damit ich weiss, dass es weitergeht. Man kann darüber weiter diskutieren. Vielleicht entsteht an der Gesprächssynode eine Idee, wie das Gefäss gefüllt werden soll. Einen ersten Schritt haben wir gemacht. Mir ist bewusst, dass ÖME, mit oder ohne "D", kein einfacher Job ist. Man muss sich hinstellen und auf Punkte hinweisen, die nicht ganz "bequem" sind. Man muss Leute sensibilisieren, die vielleicht aus Angst oder Ohnmacht ihre Augen und Ohren verschlossen haben. Es gibt in unserem Businessplan, der Bibel, viele Personen, die viele unangenehme Dinge aus Überzeugung weitergeben wollten. Dafür haben sie wenig Applaus geerntet. Auch eine solche Stelle wird nicht viel Applaus ernten. Bei Abstimmungen ist es manchmal so eine Sache. So ist es auch hier: Sagen Sie nein, meinen Sie ja, sagen Sie ja, meinen Sie nein. Hansjakobli Müller ging es gleich. Niedergeschlagen stand er eine Woche vor seiner Hochzeit bei einem Einzeltermin vor dem Pfarrer. Hansjakobli erklärte, dass er am Polterabend etwas tief ins Glas geschaut habe. Im Suff habe er einen Vertrag unterzeichnet, dass er Fr. 5'000.-- bezahlen müsse, wenn er am Samstag in der Kirche ja sage. Der Pfarrer überlegte und antwortete, dass sich Hansjakobli keine Sorgen machen müsse. Er habe alles im Griff. Am Samstag im Gottesdienst steht das Brautpaar mit hohem Puls vor dem Pfarrer. Der Pfarrer fragt Annebäbi Meier, ob sie Hansjakobli Müller zum Mann nehmen wolle. Annebäbi antwortete laut und deutlich mit Ja. Der Pfarrer fragt Hansjakobli Müller, ob er etwas gegen den Entscheid von Annebäbi einzuwenden habe. Wenn Sie zur Motion ja sagen wollen, stimmen Sie das, was Hansjakobli Müller geantwortet hat.

Pfr. Dr. Christian Herrmann, Gachnang: In den 30 Jahren als Pfarrer und Synodale habe ich eine Stelle mit und ohne ÖME erlebt. In der Zeit mit ÖME ist nicht mehr, aber auch nicht weniger gelaufen als ohne. Man hat ca. Fr. 90'000.-- gespart. So viel hat die Stelle gekostet. Wenn Probleme in der Welt auftreten, will man sehr schnell eine entsprechende Stelle schaffen und damit die Basisaufgaben übertragen, um eigentlich ein gutes Gewissen zu haben. Dies ist manchmal sehr kontraproduktiv. Ich bitte Sie, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Ruedi Keller, Berg: Ich kann Pfr. Dr. Christian Herrmann nicht beipflichten, dass weniger gelaufen sei. Es gibt Fachkommissionen, die gut arbeiten. Ich erinnere an die Kommission "Solidarität mit bedrängten und verfolgten Christen", die sehr viel unternimmt. Fr. 90'000.-- sind kein Pappenstiel. Wenn wir dieses Geld jährlich für die Betroffenen einsetzen, haben wir sehr viel getan. Ich fürchte mich zwar etwas vor der Zentralstelle. Ich habe Bedenken, dass sie zentralistisch ausgelebt wird. Ich fürchte mich vor einer Kirche, die zentralistisch ist. Wir kennen solche Kirchen, und eine solche will ich auf keinen Fall. Wenn wir uns informieren und den Ball nicht einfach einer solchen Stelle zuspielen wollen, die das für uns erledigt, haben wir ausreichende Möglichkeiten. Ich bin mit Diakon Hanspeter Rissi einverstanden, dass wir betroffen sind. Wir alle sind gefordert, nicht nur die Stelle, die geschaffen werden soll. Ich möchte die Verantwortung an uns alle weitergeben und nicht zusätzliches Papier durch die Schaffung einer solchen Stelle produzierten. Wir werden täglich von solchen Papieren mit Hilfsangeboten überschwemmt. Wenn wir uns genauer informieren wollen, finden wir die Informationen im Internet. Ich will keinen weiteren Bürojob schaffen, sondern die Fr. 90'000.-- in Projekte an Ort und Stelle einsetzen. Bisher hatten wir in unserer Landeskirche eine grosse Freiheit. Es herrscht Pluralismus. Ich schätze die Freiheit. Jede Gemeinde sollte dies lösen können, wie sie es möchte. Wenn es Gemeinden gibt, die Hilfe benötigen, kann diese über Kurse angeboten werden. Das wäre viel günstiger. Man erhält Informationen oder kann solche weitergeben. Wir möchten kein neues Amt und kein Diktat von oben, das uns vorschreibt, wofür wir beispielsweise unsere Kollekte einsetzen sollen. Mit "wir" meine ich unsere Pfarrerstelle und die Kirchenvorsteherschaft in Berg. Ich habe mich vorgängig mit ihnen abgesprochen.

Kirchenratspräsident Pfr. Wilfried Bühner: Der Motionär hat richtig festgestellt, dass bei uns eine gewisse Bewegung in die Frage des Nachdenkens gekommen ist. Die Frage, wie die restlichen Prozente der Stelle im Bereich Diakonie, welche beschlossen wurde, zu füllen sind, ist noch offen. Wir stellen immer mehr ein Ineinandergreifen von Ausland und Inland fest. Das ist nicht bestritten. Wir wollen dort weiter darüber nachdenken. Es kann sein, dass wir zum Schluss kommen, dass das Pensum der Stelle im Bereich Diakonie insgesamt mehr als 100 % betragen soll, § 5 in der Verordnung anzupassen und in Richtung weltweiter Verbundenheit seitens der Kantonalkirche mehr zu machen sei. Ich bin aber der Meinung, dass die Motion nicht erheblich erklärt werden soll. Selbstverständlich kann die Synode den Kirchenrat beauftragen, einen Bericht und Antrag zur Schaffung einer Fachstelle vorzulegen. Die Synode ist dann frei, diesen anzunehmen. Wir sollten zuerst die Gesprächssynode aufgleisen. Das Ergebnis kann man dann gut oder nicht so gut finden. Unter dem Stichwort "ÖME" hat mich der Ausdruck, dass die Person "vom Kirchenrat unabhängig" agieren soll, hellhörig gemacht. In welche Richtung wollen wir gehen? Es wurde gesagt, dass unangenehme Themen aufgenommen werden müssen. Selbstverständlich müssen wir der Situation in die Augen schauen. Das haben wir gemacht und darüber im Jahresbericht berichtet. Ich möchte verhindern, dass die Synode verschiedene Züge in Fahrt setzt: Einen mit der vorliegenden Motion, die sehr deutlich umschreibt, was der Kirchenrat zu tun hat, und einen mit der Gesprächssynode, von der man nicht weiss, was herauskommt und wie die Synode die Prioritäten setzt. Wir haben einen Gewinn von Fr. 400'000.-- erwirtschaftet. Das kann sich aber schnell wieder ändern. Wir können nicht überall zusätzlich etwas einsetzen. Die Hearings wurden nicht auf Druck der Synode gemacht. Wir haben die Diskussion der letzten Synode aber sehr ernst genommen. Wir sehen die Themen und was sich verändert, und wir werden dies weiterverfolgen. Vermutlich wird es für uns selbst die grösste Herausforderung sein, in dem multireligiösen und multikulturellen Umfeld zu bestehen. Wir nehmen dies als Kirchenrat wahr und ernst. Auch wenn die Synode die Motion nicht erheblich erklärt, sind wir nicht aus der Pflicht.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

BESCHLUSSFASSUNG:

Die Motion HP Niederhäuser (und 10 Mitunterzeichner) betr. "Schaffung einer OeME-Fachstelle" wird mit grosser Mehrheit nicht erheblich erklärt.

TRAKTANDUM 12

INTERPELLATION P. KUSTER BETR. "LANDESKIRCHLICHES BIBELVERSTÄNDNIS IM UMGANG MIT FUNDAMENTALISMUS UND HOMOSEXUALITÄT"

Eintreten

Diskussion - **nicht benützt.**

Eintreten wird stillschweigend **genehmigt.**

Beantwortung

Synodalpräsident: Die Interpellation ist im Synodalamtsblatt auf den Seiten 20 und 21 abgedruckt. Die Antwort des Kirchenrates liegt schriftlich vor. Sie haben sie auf einem separaten Blatt erhalten. Der Interpellant hat das Wort zu einer kurzen Erklärung, ob er mit der Beantwortung zufrieden ist.

Pfr. Peter Kuster, Lustdorf: Ich danke dem Kirchenrat für seine ausführliche Beantwortung. Aus folgenden Gründen bin ich mit der Antwort nicht zufrieden: Der Kirchenrat verharmlost die Brisanz und die Zusammengehörigkeit von Diskriminierung, Missbrauch der Bibel und Fundamentalismus. Wie sollte oder könnte es weitergehen? Ich habe an mehreren Vorsynoden teilgenommen. Es kam dort der Vorschlag, anstelle der Diskussion in der Synode eine Arbeitsgruppe zu bilden, welche die Anliegen der Interpellation aufarbeitet. Dies ist die Meinung mehrerer Vorsynoden. Ich prüfe derzeit, wie sinnvoll oder notwendig dafür eine Motion wäre. Es ist mir aber noch nicht klar. Die Synodalen haben die Möglichkeit, nach unseren Beratungen einen Brief an Pfr. Mike Becker zu unterzeichnen oder mit ähnlichen Worten selbst zu verfassen. Der Text und die Unterschriftenbögen liegen am Ausgang auf. Dies war ebenfalls ein Anliegen der Vorsynoden, mit denen ich Kontakt hatte. Ich konnte aber nicht alle Vorsynoden besuchen. Ich habe das Vorgehen mit dem Synodalpräsidenten abgesprochen. Er ist einverstanden, dass ich den Brief auflege. Ich lese den Brief vor: "Herr Pfr. Mike Becker, Kreuzbühlstrasse 20, 9015 St. Gallen. Sehr geehrter Herr Pfr. Becker. Es tut uns leid, dass Sie im Zusammenhang mit Ihrer Wahl in Bichelsee und Dussnang in einer für uns nicht akzeptablen Weise verletzt worden sind. Wir distanzieren uns von jeder selbstherrlichen und aus unserer Sicht missbräuchlichen Bibelauslegung. Wir wünschen Ihnen eine Arbeitsstelle, in der Sie akzeptiert und geschätzt werden. Wir grüssen Sie herzlich." Der Brief wurde von Peter Sauder und mir entworfen. Sie können den Text anpassen oder direkt unterschreiben. Ich stelle keinen Antrag auf Diskussion. Die Argumente in der Vorsynode haben mich davon überzeugt, dass in einer Arbeitsgruppe solch heikle Themen besser bearbeitet werden können.

Diskussion - **nicht benützt**.

Synodalpräsident: Das Geschäft ist erledigt.

TRAKTANDUM 13

MITTEILUNGEN

a) Kirchenrat

Kirchenratspräsident Pfr. Wilfried Bühler: Wie Sie sehen, ist der Kirchenrat seit 1. Juni 2016 wieder vollzählig. Das Vizepräsidium wurde neu besetzt. Der Kirchenrat hat Ruth Pfister zur Vizepräsidentin ernannt. Bei den Ressort gab es eine Rochade: Das neue Kirchenratsmitglied Gerda Schärer führt das Ressort Erwachsenenbildung sowie Medien und Kirchenmusik. Ich übernehme das Ressort Diakonie und Werke. Wie der Synodalpräsident bereits erwähnt hat, fand vom 19. bis 21. Juni die Abgeordnetenversammlung des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes (SEK) im Thurgau statt. Die Herbstversammlung findet immer in Bern statt. Die Sommerversammlung findet bei gastgebenden Kirchen statt. Etwa alle 20 Jahre kommt der Thurgau zum Zug. Die Versammlung verlief sehr gut. Es hat sich einmal mehr gezeigt, welcher guter und sicherer Wert unsere Präsenz in der Kartause Ittingen ist. Leider waren zu wenig Zimmer vorhanden. In der heutigen Zeit werden 70 Doppelzimmer von 70 Einzelpersonen benützt. Die Personen konnten im Domizil untergebracht werden. Dies wird ab Juli nicht mehr möglich sein. Die Infrastruktur der Kartause ist hervorragend, und auch unsere anwesenden Leute, insbesondere die Sekretärin Fabienne Dudler, wurden weitherum gerühmt. Ohne sie hätten wir für die Organisation der Abgeordnetenversammlung für ein halbes Jahr eine Teilzeitstelle schaffen müssen. Der Aufwand hat sich aber gelohnt. Es ist üblich, am letzten Tag ein Verwöhnprogramm für die Delegierten, einen "Abend der gastgebenden Kirche", zu organisieren. An diesem nahm auch Regierungspräsidentin Monika Knill teil. Wir konnten den Thurgau und die Evangelische Landeskirche Thurgau präsentieren. Die Synode hat einen Beitrag an die Kosten im Budget 2016 gutgeheissen. Für die Übersetzung der Versammlung standen zwei Übersetzerinnen zur Verfügung, die von der SEK bezahlt werden. Die Infrastrukturkosten für diese Übersetzerinnen müssen die Kirchgemeinden übernehmen. Vielleicht sprechen wir in einem Jahr bei der Behandlung der Rechnung 2016 noch einmal darüber. Ich kenne die Zahlen

noch nicht. Die Veranstaltung war aber "e gfreuti Sach". Vom 24. bis 26. Juni fand der Bodensee-Kirchentag in Kreuzlingen und Konstanz statt. Auch dieser Anlass war sehr erfreulich, ermunternd und ermutigend. Das Programm war sehr reichhaltig. Es ist nun schwierig, jemanden zu finden, der den Kirchentag wieder organisiert. Wer, rund um den Bodensee, hat schon so viele Möglichkeiten bezüglich Räumlichkeiten, Personal und Geld etc.? Ich ziehe eine positive Bilanz und danke vor allem der Kirchgemeinde Kreuzlingen. Sie hat sich sehr eingesetzt. Insbesondere danke ich Pfr. Gunnar Brendler, der einen Auftrag zu erfüllen hatte. Im Bericht der Geschäftsprüfungskommission sieht es so aus, als ob wir etwas gegen Events hätten. Dem ist nicht so. Ich weise auf den nächsten grossen Event hin: Der nächste Thurgauer Kirchensonntag findet am 11. Juni 2017 in Neukirch (Egnach) statt. Wir können die Infrastruktur eines anderen Anlasses benützen. Eine Woche später findet dort nämlich der kantonale Kreismusiktag statt. Die Vorbereitungen laufen bereits. Wir freuen uns sehr auf den Anlass. Ich bitte die Kirchgemeinden, darauf zu achten, dass die Konfirmationen nicht an diesem Datum stattfinden.

b) Büro der Synode

Synodalpräsident: Das Büro hat die Frage des Beamers noch einmal zusammen mit dem Kirchenrat besprochen. Wir möchten den Einsatz eines Beamers flexibel halten. Bei Beratungen, an denen keine komplexen Verordnungen etc. behandelt werden müssen, sehen wir keine Notwendigkeit eines Einsatzes. Wir sind der Meinung, dass die Verhandlungen damit speditiver vorankommen. In der gemeinsamen Sitzung mit dem Kirchenrat vor jeder Synode wird der Einsatz des Beamers wieder diskutiert. Falls der Einsatz nötig wird, soll kein Mitglied des Büros der Synode für die Projektion zuständig sein, weil die Mitglieder dadurch absorbiert sind. Bisher kümmerte sich Diakon Hanspeter Rissi in verdankenswerter Weise darum. Wir werden jemanden dafür suchen müssen. Wir gehen davon aus, dass es in der Synode möglich ist, die Verhandlungen ohne diese Hilfestellung abzuhalten, zumal dies im Grossen Rat seit Jahren funktioniert.

Thomas Pfister, Amriswil-Sommeri: Wir diskutieren seit Jahren darüber. Gerade bei Wahlen, bei denen bis zum letzten Zeitpunkt Namensvorschläge gemacht werden können, und einem Gremium, das sich zweimal pro Jahr sieht und in dem man nicht alle kennt, ist es meines Erachtens angebracht, die Namen zu projizieren. Alle könnten die Namen lesen. Ich verstehe die Aversion gegen den Beamer im Jahr 2016 nicht.

Synodalpräsident: Ich weise darauf hin, dass die Synodalen vor der heutigen Synode zweimal einen Newsletter mit allen präzisen und sorgfältigen Informationen für die Wahlgeschäfte erhalten haben. Unseres Erachtens sollten die Mitglieder der Synode über genügend Informationen verfügen. Der Applaus ist allerdings ein klares Signal, im Büro doch noch einmal darüber zu diskutieren.

Pfr. Dr. Herrmann Christian, Gachnang: Ich unterstütze das Votum von Thomas Pfister und stelle den **Antrag**, dass in Zukunft bei Verordnungen, Anträgen etc. jeweils der Beamer eingesetzt wird. Die moderne Technik soll auch bei uns benützt werden. Der Einsatz des Beamers gehört zum heutigen Usus. Er ist eine grosse Hilfe. Ich musste bei der Wahl meinen Nachbarn fragen, wie der neu vorgeschlagene Kandidat für die GPK heisst. Er musste im Internet nachsehen. Mit dem Beamer wäre dies nicht nötig gewesen, weil ich den Namen hätte ablesen können.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Synodalpräsident: Es handelt sich hierbei nicht um ein traktandiertes Geschäft. Ich bitte Sie konsultativ um Ihre Meinung.

Abstimmung:

Dem Antrag Herrmann wird konsultativ mit grosser Mehrheit zugestimmt.

c) Bericht aus der Abgeordnetenversammlung des SEK

Synodalpräsident: Der Bericht der Abgeordnetenversammlung des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes liegt schriftlich vor.

Diskussion - **nicht benützt.**

TRAKTANDUM 14
UMFRAGE

Diskussion - **nicht benützt.**

Synodalpräsident: Die nächste Synode findet am 28. November 2016 in Weinfelden statt.
Ich schlage vor, zum Abschluss den Kanon "Ausgang und Eingang, Anfang und Ende liegen bei dir Herr; füll du uns die Hände" zu singen.
Chömed Sie guet hei!

Schluss der Sitzung um 16.20 Uhr.

Roggwil, im Juli 2016

Die Aktuarin

Johanna Pilat

Genehmigt vom Büro der Synode
Weinfelden/Frauenfeld, 21. September 2016

Der Präsident

Pfr. Jakob Bösch

Die Vizepräsidentin

Judith Hübscher Stettler

Der Aktuar

Kai Jörg Hinz

Die Stimmenzähler

Hans Peter Niederhäuser

Pfrn. Iris Siebel

Susanna Studer

Pfrn. Gabriele Weiss